

Arbeiter-Kie

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Buchläden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. bei Haus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Bezugspreis (gebilligt) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17239 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18600. Dresdner Verlagsgesellschaft Sonderstiftung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschluß: Arbeiterschule Dresden / Schreikunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuroman geprägte Monatszeitung oder deren Raum 0,20 M. für zusammenzusetzen 0,20 M. für die Zeitung anliegend an den zentralen Teil einer Zeitschrift 1,00 M. Anzeigen-Ablaufnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-U. Güterbahnhofstrasse 2 / Die „Arbeiterkammer“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder zur Aufzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 2. Juni 1928

Nummer 127

Arbeiterdemonstrationen trotz Verbot!

Thälmann spricht in Hamburg / Kommunistische Massenfunkgebungen / Sozialdemokratische Schutzmaßnahmen für den Stahlhelm / Verbot einer Arbeiterversammlung durch SPD-Schönsfelder

Vor einem Schiedensurteil im italienischen Kommunistenprozeß

Sozialdemokratischer Faschismus in Hamburg

Hamburg, 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Der sozialdemokratische Polizeisekretär Schönsfelder ließ in Hamburg gestern Flugblätter gegen den Stahlhelmaufmarsch beschaffen und die Arbeiter, die diese Flugblätter verteilt, verhaften. Ein großes Kommando Kielcer Schutzpolizei ist gestern in Hamburg eingetroffen, ferner drei Autos kriegsmäßig ausgerüstete Reichswehr, die in der Hamburger Polizei einen Platz eingerichtet wurde. Der Polizeisekretär Schönsfelder verbot auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung dem Arbeiter-Turn-Verein 1907 einen Spaziergang für Sonntag. Auch anderen proletarischen Vereinen, die am Sonntag Ausflüge veranstalten wollten, wurde ein Verbot zugestellt. Der Koalitionssekretär Schönsfelder übertreift jeden deutschnationalen Schachmacher. Er will am Sonntag nirgend die Arbeiter unter freiem Himmel zusammenkommen lassen.

Die Stimmung der Hamburger Arbeiterschaft ist abwehrentschlossen. Die Betriebe sind empört über das Verbot der KPD-Demonstration. Die Zinngießerei Wilhelmsburg fordert in einer Resolution, daß die SPD und der ADGB gemeinsam mit der KPD zu einer Abwehrdemonstration am Sonnabend austraten soll. Die Belegschaft des Betriebes Grüne u. Blücher, Waltershof, fordert ebenfalls ADGB, SPD und KPD auf, daß alle zu Gebote stehenden Mittel angewendet werden, um ein Verbot der bevorstehenden Versammlung des Stahlhelms zu erreichen, ferner, daß die gesamte Hamburger Arbeiterschaft zu einer Gegendemonstration ausrücken wird.

Auch dennoch kommunistische Demonstration

Hamburg, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung)

Auf Grund des Demonstrationsverbots des sozialdemokratischen Polizeisekretärs Schönsfelder fand gestern abend eine große öffentliche Protestversammlung einberufen von der KPD und dem ADGB in Hamburg statt. Der Saal der „Kroaten Freiheit“ war völlig überfüllt. Die Ausführungen des Referenten Genosse Thälmann als Vertreter KPD und Genosse Andree als Vertreter des ADGB fanden begeisterte Zustimmung. Genosse Thälmann brandmarkte insbesondere die Anordnungen der sozialdemokratischen Polizeileitung, die in verschiedenen Straßen den Verkehr am Sonntag auf 24 Stunden sperrt, um dem Stahlhelm freie Bahn zu schaffen. Den Schluss der Versammlung bildete ein spontaner gewaltiger Demonstrationszug, gegen den die Polizei nicht vorzugehen wagte. Der Demonstrationszug bewegte sich bis zur Reeperbahn.

Der Stahlhelm veranstaltete bei Sagebiel eine Versammlung, in der Seldte und Düsterberg sprachen. Der Saal war nur halb gefüllt. Die Ausführungen Seldtes waren außerordentlich gedrückt. Der 2. Vorsitzende des Stahlhelms, Düsterberg, erklärte u. a., der Ausgang der Wahl sei nicht maßgeblich. Die Stahlheimer mühten bereits sehr zu außerparlamentarischen Entscheidungen.

Gegendemonstrationen in Mannheim und Dresden

Sozialdemokratische Parteiengenossen wüteten gegen Arbeiter

Mannheim, 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Bei der Abschaffung zum Stahlhelmaufmarsch in Hamburg fand gestern abend in Mannheim ein schweres Zusammenstoß. Obwohl der Stahlhelm die Abschaffung nicht bekanntgegeben hatte, sammelten sich mehrere hundert Arbeiter und begleiteten den Stahlhelzug, die Internationale singend und mit Trompeten gegen die Arbeitermörder, Streikbrecher und gegen den Faschismus und mit Hochrufen auf die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund. Am Bahnhofsvorplatz stand ein großes Aufgebot Polizei in Bereitschaft. Die Polizei des Sozialdemokraten Adam Remmels lüftig wie wild mit Gummiknüppeln und die Kriminalbeamten mit Spazierstäben auf die demonstrierten Arbeiter ein. 5 Arbeiter wurden verhaftet und eine große Anzahl verletzt.

Die Erregung über die Provocation der Remmels-Polizei ist sehr groß. Der Sozialdemokrat Remmel hat mit dieser Provocation den Mannheimer Arbeitern gezeigt, daß er sich würdig an die Seite seiner Parteigenossen Schönsfelder in Hamburg und Jörgebiel in Berlin stellt.

Dresden, 2. Juni.

Gestern abend fand es vor dem Stahlhelmhause in der Grunewaldstraße und in der Nähe des Hauptbahnhofes zu Ausseneinschätzungen zwischen Stahlhelmern und Arbeitern, wobei die Stahlhelmer einen Vorwurf machten für die Aufnahme durch die hamburgischen Polizeien zu späten beluden. Als Polizei erschien, hatten die schwarz-weiß-roten Frontsoldaten bereits die Brügel bezogen.

Jörgebiel wollte das Rot-Front-Treffen verbieten

Das Berliner Tageblatt macht in seiner gehirigen Ausgabe eine Enthüllung, die die Arbeiterschaftlichkeit des Politiozialisten Jörgebiel im höchsten Maße zeigt. Das Berliner Tageblatt meldet:

„Wie wir jetzt erfahren, hat der Polizeipräsident Jörgebiel gleich nach dem blutigen Zusammenstoß ein Verbot des Roten Frontkämpfertreffens erlassen wollen, mußte (1) aber gleichzeitig davon Abstand nehmen, da der größte Teil der auswärts Demonstranten bereits in Berlin war und erst mit den am zweiten Pfingstsonntag eingesetzten Sonderjägern nach den Heimatorten zurückgeführt werden konnte. Allein dieser Umstand und die Kürze der Zeit der Bekanntmachung haben dazu beigetragen, daß es nicht zu einem Verbot der Veranstaltung (1) kam.“

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser Entdeckung? Wir glauben sie mit dem Schutz des Stahlhelmaufmarsches in Ordnung zu bringen. Es kann noch dauern, bis sie begreifen daß die Kommunisten nicht aus engstirnigen Parteidächern, sondern aus der starken Erfahrung heraus die sozialdemokratischen Führer als Handlanger des Faschismus bezeichnen?

Noch ein Protektor des Stahlhelms

Der Reichspräsident

Berlin, den 2. Juni 1928

Den alten Kriegsgefährten, die sich zum Neunten Reichsfrontsoldatentag in Hamburg zusammengefunden haben, sende ich meine herzlichsten kameradschaftlichen Grüße. Möge diese Zusammenkunft nicht nur den Geist der Kameradschaft in ihren eigenen Reihen stärken, sondern auch dazu mithelfen, den Gedanken einer wahren Volksgemeinschaft und brüderlichen Zusammenhaltens aller Schichten unseres Volkes zu vertiefen und zu verbreiten.

von Hindenburg

An den

Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, Magdeburg.

Gleiche Brüder — ungleiche Kappen

Zur Einheitsfront von Schwarzweißrot und Schwarztrotgold beim Hamburger Stahlhelmtag

In der Arbeitersiedlung Hamburg marschiert unter dem Schutz des Schwarzweißroten Koalitionsfronts heute der Stahlhelm auf. Die Massenfunkgebungen der Arbeiter sind verboten. Unter dem Schutz der von Sozialdemokraten Schönsfelder geleiteten Polizei werden sich die Bataillone der städtischen Kriegs- und Bürgerkriegsreserve des deutschen Imperialismus, werden sich die Streikbrechergarden der Großkapitalisten und der Junker mit lächerlichen Schwarzweißroten Rahmen durch die Arbeiterviertel der Stadt ziegen, die noch am 20. Mai bei der Wahl über 400 000 rote Stimmen und kaum 200 000 für die Stahlhelmpartei abgebracht haben. Niemals seit Jahren war Hamburg weniger sozialdemokratisch als jetzt. Obgleich auch in Hamburg die Übermacht des burgerlichen Verdummungsapparates, die Nebenmacht der Presse der Pfefferfäule und Werftbarone, der bürgerlichen Schul- und Erziehungsaufbau, die bestürzte Schatzpolizeimacht den Willen der großen Hamburger Arbeiterschaft verfälschen und bei der bürgerlich-demokratischen Abstimmung zu den Wahlen ein Abstimmungsbild hervorrief, das bei weitem nicht die wahre Meinung der Hamburger Arbeiter wiedergibt, der Klassenapparat der Bourgeoisie kommt nicht verhindern, daß schon jetzt eine Zweidrittelmehrheit von Roten, von sozialdemokratischen und kommunistischen Wählerzonen zustande kam, daß die Stahlhelmsfreunde wiederum 40 000 Stimmen verloren und die Stahlhelmgegner in 120 000 Stimmen neugewonnen.

Gerade deshalb aber wird der Stahlhelm nach Hamburg geworfen und der demokratische Oberbürgermeister Petersen, der aufrechte Republikaner Petersen, der Koalitionsbruder der SPD, empfängt den obersten Stahlhelmbaum, den Schwarzweißroten Seldte, mit allen städtischen Ehren. Zu einer Sonderbesprechung sind die Hamburger Großkapitalisten zu Herrn E. Störs Banditengeneralstab geladen, wo ihnen klare Macht werden soll, weshalb es ihre heilige Pflicht ist, die Soldaten für die nationale Freiheitssonne zu öffnen. Das Bild jenseits republikanischer Wirklichkeit wäre nicht vollständig, wenn nicht

gleichzeitig die sozialdemokratische Freiheit am Vorabend des nun ihrer Partei verschuldeten Stahlhelmaufmarsches sich in unübertragbarer Hölle gegen die Kommunisten austobt.

Die Hamburger Volkszeitung vom 31. Mai schreibt gegen die „verbrecherische“ Politik der KPD, die die Hamburger Arbeiterschaft nicht mitnehmen könne und dürfe, drückt ihr Bedauern aus, daß sich „hier und da“ Arbeitergruppen von der KPD haben verleiten lassen, eine Proletarienträumerei gegen den Stahlhelm einzutreten“ doch alle die Hamburger Arbeiter gegen die Sabotage der Gewerkschaften gemeinsam mit der KPD trotz aller Verbote sich zur Abwehr anschließen und sie kommt zum Schluss: „So dient also die KPD wieder einmal dem gefährlichsten Feind der Arbeitersklasse, den Schwarzweißroten Wehrverbänden“.

Wenn Schwarzweißrot den Stahlhelm nach Hamburg läßt ihm Schutz und Schirm gewährt, Arbeiterschaftsgebündnisse mit Staatsgewalt zu verhindern sucht, und die Führer der Abwehr, die Kommunisten auf das wütendste angreift, — so soll das Kampf gegen den Stahlhelm „positive Arbeiterspolitik“ sein.

Wenn die Kommunisten die Lösung ausgeben: gemeinsame Gegenfunkgebungen, Streik, kein Obdach, kein Schuh, Wasser für die Arbeitermörder, — so ist das nach SPD-Propaganda:

„Dienkt für die Schwarzweißroten Wehrverbände“.

Ist es nötig, dieses schändliche Mandat noch tiefer zu hängen? Die Arbeiter verstehen die Rolle der Hamburger Sozialdemokratie, wie sie in Berlin die Rolle Jörgebiels verstanden. Aber nicht alle Arbeiter begreifen klar genug den tiefen Sinn der Einheitsfront von Schwarzweißrot und Schwarzweißrot. Was in Hamburg von den neuen Bühnen dieser Einheitsfront demonstriert wird, ist nur der vorläufige leichte Akt des gemeinsamen Spiels der Schwarzweißroten und Schwarzweißroten Gegenrevolution.

Diese Einheitsfront hat den bürgerlichen Staat getötet und den imperialistischen Wiederaufbau überhaupt erst ermöglicht.

1919. In der Zeitung des Stahlhelm vom 3. Juni erinnert die Stahlhelmliteratur ihre Weimarer Koalitionsbrüder an die Verdienste der Rösele-Zeit: „... Als der Volkshilf der Revolution das bis zum äußersten gefährdete Gefüge des Staates und der Armeen auseinanderbrechen ließ, als das Chaos des Soldatenstaates im Lande drohte, da reichten sich auf den Trümmern des Reiches keine härtesten und entschlossensten Männer aus der Front die Kameradenbande.“ Weiteres Wordingen des Marxismus wurde aufgehoben, Wunderer und Naruhescher mussten niedergezogen werden. Wie unter dem Schutz der Reiterkorps die neue Wehrmacht sich bilden konnte, so ermöglichte der Kampf des Stahlhelms in Gemeinschaft mit anderen verwandten Verbänden die notdürftige Wiederherstellung einer kastischen Macht.

Als das Werk vollbracht war, als es galt, im „neuen“ Staate die Arbeiter vor der Revolutionierung durch die Erziehung über die republikanische Seligkeit zurückzuhalten, da trennten sich die gleichen Brüder der gegenrevolutionären Bürgerkriegsarmee, unter ungleichen Rappen, im Reichsbanner und im Stahlhelm, führen sie weiter die gemeinsame Geschäftestat. Und niemals war diese Gemeinschaft, der gemeinsame Dienst für die Erhaltung der bürgerlichen Klasseherrschaft, seit dieser Trennung offenkundiger als heute. Einheitlich und ja im einzelnen Programm-Wort übereinstimmend, ist die Innenpolitik von Stahlhelm und Reichsbanner.

Auf dem Boden der Republik, haarscharfes für die bürgerliche Demokratie, lämpft das Reichsbanner.

Um den Bestand des bürgerlichen Staates, um die bürgerliche Freiheit und um die politische Freiheit der Nation“ kämpft der Stahlhelm (Stahlhelm vom 3. Juni).

Herau am den Staat, ... regieren, für die Große Koalition“, das sind die Reichsbannerlösungen nach der Wahl.

„Hinein in den Staat gingen wir mit dem Willen, ihn zu erobern“ (Stahlhelm, 3. Juni), verkündet der Stahlhelm.

42 Stahlhelmvertreter im Reichstag, 40 Stahlhelmvertreter im Preußischen Landtag stellen Fraktionen von der Stärke der Deutschen Volkspartei in der republikanischen Parlamenten. Und während der Stahlhelm erklärt: „Man müsse jetzt genau so, wie es gegenüber Mac Donald gemacht worden ist, der hegretischen Sozialdemokratie die Regierungsfunktion überlassen und ihr die Möglichkeit geben, ihre Regierungsfunktion zu beweisen“ (Stahlhelm, 3. Juni), ist die Sozialdemokratie draußen und dran, diese Regierungsfunktion gemeinsam mit dem Stahlhelmleute der Deutschen Volkspartei mit Dr. Scholz, Dr. Kühnemann, Dr. Albrecht, Kramm, Kütt, v. Gossa, Dr. Möllenhauer, Dr. Wunderlich, dem Admiral Brünninghaus, ihren Reichstagsabgeordneten und ihren neuen preußischen Stahlhelmabgeordneten in der Koalitionsregierung des Reichs und Preußens zu beweisen.

Und wie in der Innenpolitik, so in der Außenpolitik. Während sich der Stahlhelm vom gegenrevolutionären Selbstschutz zur imperialistischen „Wehrorganisation“ mit dem unromantischen Ziel des deutschen Imperialismus, nach der Prolung Seldtes „Der Kampf um die Gewerbung des nationalen Machtkernes in der Inhalt unserer Botschaft“ genannt hat, ist das pazifistische Reichsbanner mittlerweile schäfisch reif für die gegenwärtig mögliche imperialistische Außenpolitik des deutschen Trustkapitals geworden. In der Reichsbanner-Nummer vom 27. Mai wird dieser neue realistische Botschaftsmann als die gemeinsame Außenpolitik des Stahlhelts, des Chemietrupps und des schwatzgezackten Reichsbanner verkündet. Das Reichsbanner „lehnt nicht den Kampf an, den Vater aller Dinge, das Leben lebenswert macht und der Politik die Errichtungserrichtung gibt. Nur Narren und Phantasten mögen von einer Weltordnung träumen, die wie ein paradiesisches Idyll aussieht, die aber in Wahrheit Schlaf oder Tod bedeutet...“ Womit wir uns vom Nationalismus unterscheiden, in, daß wir den Kampf auf höherer Stufe, mit würdigeren Mitteln führen wollen, aber den Kampf bejahen auch wir.“ „Und in dem Bild auf die weltpolitische Lage der Reichsbanner-Nummer, der wir diese am Stahlbadgelände erinnernden Sätze entnehmen, wird diese höhere Stufe gezeigt als die Bildung eines Imperialistenschlages, da das Ziel nur der „Deutsch-französische Kontinentalschlage sein könne“, „der weder von England gegen Russland, noch ungefehrt ausgepielt werden kann“ und der in dieser Zeit der noch nicht endgültig vollzogenen neuen imperialistischen Mächtigruppierung zum nächsten Kriege seine spätere Eingliederung in den großen imperialistischen Block reuer verlaufen soll. Schon jetzt müsse gleichzeitig Deutschland selber im Osten Europas Einfluß zu gewinnen versuchen... Wir propagieren zwar keine wirtschaftspolitische Politik, aber wir sehen doch nicht ein, daß man seine Konkurrenten unbedingt fördern soll.“

So sehen die Ziele aus, für die das Reichsbanner unter der Führung der Sozialdemokratischen Volksfront. Nicht gegen die Reichswehr, sondern um die

Gewisse Zuchthausstrafen im Kommunistenprozeß in Rom

Die kommunistischen Führer sollen zu Tode gemartert werden

Von der italienischen Grenze 31. Mai. (Kapellert)

Keine italienische Zeitung berichtet über den Prozeß gegen das IK der KP Italiens. Auch die römischen Korrespondenten der ausländischen Zeitungen waren nicht in der Lage, ihren eigenen Berichten zu übermitteln. Der Prozeß findet unter völliger Auschluß der Presse und der Öffentlichkeit statt.



Gramsci gab am Anfang der Verhandlung eine lange Erklärung ab, in der er den ungünstlichen Charakter der Anklage des Gerichtes nachwies. Er erklärte weiter, daß er und seine Freunde die Verantwortung für die Aktionen und die Kommunistischen Partei auf sich nehmen. Auch die übrigen Angeklagten äußerten sich in diesem Sinne. Sie erklärten, daß sie für legale gewerkschaftliche, parlamentarische und Parteiaktivität angeklagt wurden, was sogar vom bürgerlichen Standpunkt aus ungewöhnlich ist.

Aus Anlaß des Prozesses hat das IK der KPJ einen Aufruf an die Massen gerichtet.

In Rom und in der Provinz Toscana wurden weitere Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen.

Unter den Angeklagten befinden sich: Gramsci, Antonio, Abgeordneter, bekannter Sprachforscher; Dr. Terracini, Umberto, Rechtsanwalt; Scoccimarro, Mario, Dr. öfen; Bibolotti, Adolino, Redakteur der „Unita“; Matti, Giacomo, Abgeordneter, Professor, berühmter Linguist; Giovanni, Iaino, Kleinbauer, Abgeordneter; Riboldi, Giacomo, Rechtsanwalt, Abgeordneter; Buffoni, Francesco, Abgeordneter, Journalist, Abgeordneter, Gianni

Hier ist die Koalition — hier springe!

Auf den Gegenangriff der linkssozialdemokratischen Presse gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die gegen die Stellung der Großen Koalition ist, antwortet das sozialdemokratische Zentralorgan in einer offiziellen Erklärung: „Koalition“ — „Opposition“, die nicht nur beweist, wie ausgewiesen die rechten mit den linken Parteien zusammenarbeiten, sondern auch gleichzeitig die ganze Schwindeloperation der sozialen Zwickmühlparteien abbläuft.

Der Vorwärts „polemisiert“ gegen jene sozialdemokratischen Parteiblätter, die den Ansicht haben, daß die SPD in eine Regierung der Großen Koalition ohne Bedingung einzutreten wird, und schreibt:

„Sie unterliegen damit einer Zugeständnis, die von der demokratischen Presse ausgeht, für die der Vorwärts aber nicht verantwortlich ist. Dieser hat schon am 21. Mai darauf gesagt, daß die Große Koalition als die Potentiale zu profilieren... Die Große Koalition ist eine der vorhandenen Möglichkeiten, aber nicht die einzige.“

Vielleicht könnte man der Ansicht sein, daß die sozialdemokratische Tattu, die Möglichkeit der sogenannten Weimarer Koalition als Instrument der Erprobung bei dem Aufstand um Ministerposten zu verwenden, auf die Bourgeoisie beschränkt bleibt. Wie das Beispiel beweist, kann man die sozialdemokratische Bourgeoisie niemals nötig genug einschätzen. Der Vorwärts richtet jetzt ein Erprobungsmanöver auch gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft, indem er sie kurz vor dem Abschluß der Großen Koalition glauben macht, daß in Deutschland eine Koalition unter Ausbluff der Partei der Schwerindustrie, der Deutschen Volkspartei, möglich sein. Abgesehen davon, daß jetzt eine sicher parlamentarische Mehrheit für eine soziale Koalitionsregierung nicht erwartet ist, so schon deshalb eine Unmöglichkeit, weil der integrierende Faktor in jeder Koalition in Deutschland die Deutsche Volkspartei ist, deren Politik die konsequente und ausgesprochene Form der Interessen der deutschen Bourgeoisie darstellt. Die reformistische Bourgeoisie weiß dies ebenfalls wie wir, aber Welches Mittel ist die nicht recht, wenn es darum geht, die eigenen Arbeitsergebnisse zu bewirken?

Die „Unten“ Sozialdemokraten haben, wie bekannt, einige logenartige Mindestforderungen für den Eintritt in die Große Koalition aufgestellt, von den sozialdemokratischen und den oppositionellen Führern vom Komitee um diese Forderungen aufgestellt.

Reichsmeister, genau so wie der Stahlhelm mit den deutschen Imperialisten kämpft. Das Reichsbanner, weniger offen, geächtet, vorläufig noch mit politischen Abneigungen, aber nicht weniger zielstet, wie der Stahlhelm. Da so offener tritt das Reichsbanner, und wiederum auf einer Front mit dem Stahlhelm,

Gegen die rote Arbeitersfrau. Auf. Sie ist der „jetzt gefährliche Gegner“, ihm muß „die nächste Schlacht geliefert werden“, nur wenn es gelingt, die Kommunisten niederkriegen, dann wird auch der noch heimliche Fraktionenkampf mit dem Stahlhelm für Schwarzengeld entschieden. Wenn wir die Schwarzengroßkette aus den Machtpositionen der Republik für immer vermeiden wollen, dann müssen die Kommunisten besiegt werden“. Das ist die Hauptrechtsauflösung nach den Wahlen und in ihr kommt am klarsten der letzte Gegensatz zwischen Reichsbanner und Stahlhelm, und zugleich die kleinste Einheit von Reichsbanner und Stahlhelm, die Einheit für die Ziele des Trustkapitals, am schärfsten zum Ausdruck.

Damit ist das Verhalten der Hamburger Koalitionsdemokratie gegen die Stahlhelmbünden völlig aufgeklärt. Sie demonstriert eine Politik, die im gemeinsamen bürgerlichen Klasseninteresse der Reichsbannerförderung und der Stahlhelms-Überzeugung zweier verschwisterlich wirkender, aber in den entscheidenden Zielen gleichzeitig gerichteter Gruppen der bürgerlichen Klassenherrschaft begründet ist.

Gegen die Politik der roten Frau.

die vor einer Woche in den frühen Stunden der deutschen Arbeiter seit Jahren in Berlin beim Bündnistraining des RAK die Arbeitsergebnisse hausein, wie die waren in Hamburg ebenso wie am Stahlbadtag vor einem Jahr in Berlin das Proletariat feiern wird, das trotz aller Versatz die imperialistische Demonstration mit einer Gegenfeier feiern bestimmt wird, an die die Arbeitermutter von Streitkämpfen des Stahlhelms und ihrer Hintermänner denkt werden.

Das Urteil steht fest!

Italienische Grenze, 1. Juni. (Eig. Drahtber.)

Unter Gewährmann hat von bestinformierter Seite erfahren, daß die Urteilsverkündung im großen Prozeß gegen die Führer der Kommunistischen Partei Italiens ohne Rücksicht auf den Ausgang der Prozeßverhandlung heute stattfindet. Die Urteile standen schon zu Beginn der Verhandlung fest. Gegen die meisten der Angeklagten werden Zuchthausstrafen bis zu 24 Jahren erkannt werden, was Todesurteile gleichkommt.



Revision im Klapproth-Prozeß

Stettin. Gegen das Urteil des Schwergerichts vom 28. Mai gegen Klapproth, Hein und Schulz hat die Staatsanwaltschaft gegen die drei Männer eingeklagen.

Beide des Parlaments angenommen. Zeithistorisch kann der Vorwärts eine legitime Verbindung gegenüber der Arbeiterschaft auch die, die zu nichts verpflichtet wurde, ob der Vorwärts teilt Klapp und Schulz mit, daß die reformistische Bourgeoisie eines solchen fahrlässigen Programms in die Regierungskoalition hineingehen wird. Was das bedeutet, ist klar. Selbst die primitivsten Arbeitsergebnisse werden für die sozialdemokratischen Minister gar keine Rolle spielen. Sie anerkennen nur eine Wiederauflistung — die gegenüber dem bürgerlichen Staat und den Profitinteressen der Bourgeoisie.

Und zum Schlus wird der Vorwärts keinen linken Agenten eins aus. Er schreibt:

„Opposition“ dazu gehört doch unter allen Umständen eine Regierung, gegen die man Opposition machen kann. Wer aber die nicht zu finden ist, was dann? Kann keine Regierung gebildet werden, dann haben wir den Versatz der parlamentarischen Demokratie und spielen das Spiel der Dictator und des Faschismus.“

Und man muß zugeben, Herr Staunton hat recht. Die Verantwortung des parlamentaristischen Systems der bürgerlichen Demokratie als einzige Form der reformistischen „Kämpfe gegen Bourgeoisie“ führt zwangsläufig zu Koalitionspolitik und da in der gegebenen Situation eine Weimarer Koalition nicht möglich ist, zur Großen Koalition. Die linken Parteihelden ziehen noch Opposition. Aber sie führen ihr ebenso wie Reich und Kaste bedingungslos der kapitalistischen Diktatur, die in den Schließungsdiktaturen und dem „Raum“ des Streitkreis, ihren konkurrenzlosen Angriff in der gegenwärtigen Situation findet. Aber auch ihr Ruf nach parlamentarischer Opposition gegen die Herrschaft des Trustkapitals erlischt nur darum, wenn die sozialdemokratische Partei eine Koalition eingeschlossen hat, die auf breiten sozialdemokratischen Arbeitsergebnissen als offener Krieg erscheint. Daherlang hat man trotz des Scheiterns der sozialdemokratischen Koalitionssiegungen in fast Ameidung jedes Reichs nichts, aber auch gar nichts, selbst von den Arbeitern der Linken noch parlamentarischer Opposition gedacht. Der bürgerliche reformistische Vertrag entlädt am besten die linken Gewerkschaftler, er stellt Klapp und Schulz die Frage: Hier ist der Parlamentarismus, hier ist die Koalition — hinein ins Kochen! Es gibt keinen anderen Ausweg! Und das die linken Maßnahmen hinzutreten werden, ist zweifelt daran?

Einen außerordentlichen Vertrag, wie er von einigen linkssozialdemokratischen Zeitungen gefordert wird, lehnt der Vorwärts zurück ab. Mit deutlichem Sarkasmus bemerkt er: „Aller Wahrscheinlichkeit nach würde dieser außerordentliche Vertrag in dem Schlus kommen, daß er die neuengewählten Fraktionen der PSD ihre Verantwortung nicht abnehmen kann.“

Damit ist auch dieses sozialdemokratische Schwindelmanns vor Beleidigung der rebellierenden Parteigenossen erledigt. Der Parteiausschuß des SPD, der in Köln zusammengetreten, will so bezeichnen, wie die deutsche Bourgeoisie es in der gegenwärtigen Situation fordert: Die Sozialdemokratie wird die Verantwortung übernehmen für alle Schadstellen gegenüber der demokratischen Arbeiterschaft. Und die „Linken“ stehen händisch am Ende der Szene. Das Oppositionstheater wird vorbei sein — sobald wenn der Parteivorstand beschließt, dann kann wieder von neuem beginnen!

8 Monate Gefängnis im Rahmen-Prozeß

Vor dem Schöffengericht in Dresden stand heute der Prozeß gegen den sozialdemokratischen Parteiführer Rahmig als Freitritt. Der Prozeß wurde bekanntlich aus politischen Gründen und mit Rücksicht auf die Wahlen auf versetzt. Rahmig, der sich jahrelanger Unterschreiten im Betrieb von etwa 800 Mitarbeitern zu schulden kommt, bezog ein Monatsgeflücht von 500 Mark Gehalt und 200 Mark Nebenkosten. Rahmig war geständig. Die Staatsanwaltschaft beantragte 10 Monate Gefängnis wegen Unterhöhung und großen Beträusenbruch. Das Urteil lautet für Rahmig auf 8 Monate Gefängnis. Das Urteil ist rechtskräftig.

Berlin vor dem Gott!

Einmarsch Japans in die Mandchurie?

Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Tokio: Ein mandchurisch-japanischer Grenzübergang hat die Pog in der Mandchurie plötzlich ans äußere zugesperrt. Mandchurische Banditen (?) überbrückten die forenlische Grenze, nahmen die japanische Grenzgarde, bestehend aus einem Leutnant und 20 Mann, gefangen und schleppen sie mit sich fort.

Auf die Meldung von diesem Zwischenfall haben die japanischen Truppen die mandchurische Grenze in beide Richtungen überquert und mit der militärischen Belagerung des Schießens begonnen. Nebeall wurde sofort der Belagerungskampf verhindert.

Die östlichen chinesischen Behörden ersuchten um Zurückziehung der japanischen Truppen; sie haben sich verpflichtet, die Freilassung der Japaner durchzuführen. Die Japaner führen jedoch die Besatzungsaktion weiter durch.

Wegen der plötzlichen Annahme der japanisch-chinesischen Allianz wurde in Nanking und in den übrigen größeren Städten der Mandchukuo durch die Besetzungen der Kriegszustand verhindert.

London. Alle Berichte aus China stimmen darin überein, daß Tschangjolins Tage in Peking gezählt sind. Schuld an dem erneuten Vordringen der Nationalisten sei eine Meuterei des 8. Korps Tschangjolins, die es dem General Feng ermöglicht habe, die Front bei Hohien zu durchbrechen. In Peking wird deshalb ein japanisches Ulfteckwander erwartet. Schätzungen werden auch in Tschinkow ergriffen, von Japaner, Engländer, Amerikaner, Italiener und Franzosen insgesamt über 12500 Mann, 44 Geschütze und 28 Flugzeuge verfügen.

Lebend verbrannt

Kotowit, 1. Juni. (Telunion.) Einen tragischen Tod fand die Frau eines Arbeiters in Hohenlinde, die in einem Ofen umkam, als sie im Keller erlitt, bei lebendigem Leibe verbrannte. Am brennenden Lichi, das die Frau in der Hand hielt, entzündeten sich die Kleider und ehe Hilfe kam, war der Tod bereits eingetreten.

Folgen schwerer Dampferschämenloch an der amerikanischen Ostküste.

Boston, 1. Juni. (Telunion.) Wie aus Boston gemeldet wird, stieß der Frachtdampfer „Kerishow“ mit dem aus dem Wagen nach Wollaston befindlichen Dampfer „Brändan Gorfield“ so heftig zusammen, daß ersterer unterging. 300 Mann der Besatzung dieses Schiffes werden vermisst. Sie sind wahrscheinlich ertrunken.

200 000 Dollar Bentle bei einem Banditenüberfall.

London, 31. Mai. (Telunion.) Wie aus Indianapolis gemeldet wird, überfielen dort am Mittwochabend bewaffnete Banditen, die zu einem Treffen versammelten Mitglieder eines Automobilklubs, in Städte von etwa 200 Köpfen. Den Banditen fielen Waffen, Autos und Schmucksachen im Werte von etwa 200 000 Dollar in die Hände.

Auflung, RPD-Grenzbahnner!

Am Dienstag den 5. Juni, nachmittags 17 Uhr, wird die Gräfinssitzung im Brandenburger Hof, Ecke Berliner Peterstraße.

Gaßfert und das Wahlergebnis vom 20. Mai

Von Paul Böttcher

Das Ergebnis der Maiwahlen hat für die sozialdemokratische Bewegung keine besondere Bedeutung. Gaßfert ist das höchste politische Industriegebiet Deutschlands. Der Wahlausfall in Sachsen ist deshalb immer ein zuverlässiger Barometer für die Klasseverhältnisse der Klassen. Über nicht nur das Leben der Masse, sondern auch die Ausbildung der Klassenkräfte gibt das Wahlresultat einen interessanten Einblick in die politischen Umgruppierungen innerhalb der Klassen. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß vornherein der relative Wert der Parlamentswahlen für die Einschätzung der Klassenkräfte bestimmt werden.

Die industrielle Struktur des Landes ist die Ursache, daß bereits vor dem Kriege Sachsen das „rote Königreich“ genannt wurde. Es sei daran erinnert, daß bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 bereits 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie entfielen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung Anfang 1919 steigerte sich dieser Prozentsatz bis auf 60 Prozent. Durch die Spaltungspolitik der SPD und die damit verbundene Spaltung innerhalb der SPD wurde noch 1923 die parlamentarische Bewertungsziffer unter 50 Prozent zu ungünsten des Proletariats herabgedrückt. Die Reichstagswahlen im Mai 1928 zeigen zum ersten Male wieder einen Aufstieg der parlamentarischen Stimmziffer auf über 50 Prozent zugunsten der Arbeiterschaft. In diesem Ergebnis sind jene Stimmen nicht eingeschlossen, die die USPD und die linken Kommunisten erhielten. Der Stimmenzuwachs für die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratie stammt aus dem proletarischen Kästnerverein, das bisher entweder bürgerlich oder überhaupt nicht wählte. Zum größten Teil handelt es sich dabei jedoch um Wähler, die bereits früher einmal ihre Stimme für eine der beiden Parteien abgegeben hatten. Wähler, die ihrer sozialen Herkunft noch proletarisch sind. Aus dem kleinbürgerlichen Lager hatte bei den Maiwahlen die Sozialdemokratische Partei den größten Zuspruch zu buchen. Es sei darauf verwiesen, daß die Tummetzpartei und die Wirtschaftspartei bei den diesjährigen Wahlen einen Rückgang ihrer Stimmen zu verzeichnen haben. Da aber gleichzeitig auch die Deutschnationalen Stimmensumme durch müssen, kann man nicht davon sprechen, daß die kleinbürgerlichen Wähler, die sich nach früheren Wahlen von den Deutschnationalen loslösen und entweder Wirtschaftspartei oder Tummetzpartei wählen, wieder zur Deutschnationalen Partei zurückgekehrt sind. Vielmehr muß man die Abwanderung dieser Wähler in das proletarische Lager annehmen. Es ist jedoch festzustellen, daß diese Wähler auf ihrem Marsch noch zunächst bei der Sozialdemokratie haltgemacht haben.

Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Nationalversammlungswahlen im Jahre 1919 60 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokratie brachten und daß im Mai 1928 Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam nur 55 Prozent der gelösten Stimmen erhielten. Andersseits darf bei der Bewertung der Zahlen nicht außer acht gelassen werden, daß wir uns gegenüber der revolutionären Situation im Januar 1919 heute in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus befinden.

Gegen das Monopol der sozialdemokratischen Führung

Das Wahlergebnis lehrt uns neben der allgemeinen Verhinderung der Klassenkräfte vor allem auch die politische Umgruppierung innerhalb der einzelnen Klassen. Für die Politik der Kommunisten ist immer wieder von entscheidender Bedeutung die Entwicklung dieses Umgruppierungsprozesses. Die revolutionäre Vorstudie des Proletariats kann an den Ergebnissen prüfen, ob sie die Bindung mit dem Gros der Arbeiterklasse bestätigt oder ob im Verlauf der Kämpfe durch eine falsche Taktik eine Trennung vom Gros vor sich gegangen ist. Diese Trennungslinie kam mit den Dezemberwahlen 1924 sichtbar zum Ausdruck. Eine wichtige Lehre des letzten Wahlausfalls ist die Stärke der Entwicklung unseres Einflusses unter den Massen. Bei der Bewertung des Ausbaus der Landtagswahl vom 11. Oktober 1926 lädt ich am 15. November 1926 in der „Internationale“:

Jeder ernste Politiker versteht, daß der Wahlausfall der KPD kein Konkurrenzvorteil ist. In den Jahren 1924/25 verhinderte der „Vorwärts“ täglich das „Instationslager“ KPD. Hätten die sozialdemokratischen Führer den Marxismus nicht absolut preisgegeben, dann würden sie wissen, daß breite Wahlbewegungen nicht das Werk einziger „Heiter“ sein können. Die kommunistische Bewegung ist herausgewachsen aus den allgemeinen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Zuständen. Das Argument der Kleinbürger und Polizeiwachmeister, die KPD nähre die Lage der Massen aus, um dieselben gegen den Staat auszuwringen, vermag noch nicht einmal eine volgäre Erklärung dafür zu geben, warum die Massen zur KPD kommen. Die kommunistische Bewegung entspringt und entspricht den ökonomischen Interessen der ausgebeuteten Klasse. Es ist eine luxuriöse, törichte und unmoralische Auffassung kleinbürgerlicher Politikantin, die den Arbeitern glauben machen will, die KPD sei nur von dem durch die besondere Stellung des deutschen Kapitals bedingten Massenelend und mache sich von Zeit zu Zeit vom Terror der sozialdemokratischen Führer. Das ist ja eben das Charakteristische der gegenwärtigen Epoche, daß die Produktionsnotwendigkeit in viel höherem Maße als je zuvor mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sich in unlösbarem Widerspruch befindet. Die Dauerkrise des kapitalistischen Wirtschaftszyklus bringt immer neue Kreise ins Spiel, läßt vorübergehend Arbeitskräfte durch den Produktionsprozeß austreten, um sie nach kurzem wieder auszugeben. Dieser Kreislauf wiederholt sich auf immer höherer Stufenleiter. Deneben besteht als Dauerzustand die Massenarbeitslosigkeit. Kapitalismus und Massenelend sind heutzutage mehr denn je unzertrennbar miteinander verbunden. Der Vormarsh des Kommunismus in der Periode der relativen Stabilisierung erklärt sich also aus der Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeitsbedürfnisse der breiten Massen zu befriedigen, ihnen Arbeit und Platz zu geben.“

So wenig der Wahlausfall der KPD im Oktober 1926 ein Konkurrenzvorteil war, so wenig ist der Wahlausfall im Mai 1928 ein Konkurrenzvorteil. Seit der Revolution erleben wir täglich die Verzweigung der sozialdemokratischen Führer, daß mit der Stabilisierung der Wirtschaft auch der soziale Boden für die Erfolge der KPD verschwinden müsse. Das war 1919/20 der Fall, das war 1923/24 der Fall. Seit 1924 leben wir in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Der hundertfach verausgelegte „Zusammenbruch der KPD“ ist nicht eingetreten. Die sozialdemokratischen Führer müssen nach neuen Argumenten suchen, um die Erfolge der kommunistischen Partei in ihrem Sinne zu erklären. Vergebliche Mühe. Die kapitalistische Ausbeutung, die relative Verschwendug der breiten Massen, Massenarbeitslosigkeit und Kriegsgefahr werden durch relative Stabilisierung des Kapitalismus nicht beseitigt. Im Gegenteil. Die Klassenverhältnisse spalten sich zu. Damit sind auch die sozialen Konsequenzen für den Aufstieg der kommunistischen Bewegung in Deutschland bestimmt.

Die bürgerliche Presse stellt in der Betrachtung des Wahlergebnisses fest, daß es den sozialdemokratischen Führern nicht gelungen ist, die weitere Radikalisierung der Massen zu verhindern oder auch nur aufzuhalten. Die Bourgeoisie klägt die Lage durchaus richtig ein. Sie erkennt, daß bei einem weiteren Anhalten dieser Entwicklung dinnen kurzum das Monopol der sozialdemokratischen Führung innerhalb des Proletariats gebrochen sein wird und die sozialdemokratischen Führer in die Minderheit gedrängt werden. Die ländlichen Landtagswahlen vom Oktober 1926 waren bereits ein entscheidender Stoß gegen das Monopol der sozialdemokratischen Führung. Wie konnten damals schon feststellen, daß in den proletarischen Stimmbezirken der Industriekräfte die Zahl der abgegebenen kommunistischen Stimmen genau so hoch wie die der sozialdemokratischen Stimmen war. Darüber hinaus hat die KPD in einer Reihe wichtiger Industriekräfte die Mehrheit gegenüber der SPD. Das bedeutete, daß im Industriekreis des Proletariats das Führer-Monopol der SPD bereits gebrochen war.

Wenn wir uns den Gesamtverlauf der Wahlkurve betrachten, dann sehen wir, daß diese Entwicklung anhält. Daran ändert auch nicht die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in Sachsen prozentual einen größeren Gewinn aufweist, als die Kommunistische Partei. Man muß hier berücksichtigen, daß erstens weit über die Hälfte der USPD-Wähler zur KPD zurückgetreten ist, zweitens — wie oben bereits angeführt — aus kleinbürgerlichen Schichten neue Wähler der SPD austreten, und daß drittens die Gewerkschaften zum erstenmal bei Wahlen ihre Organisationen und Freizeit rechts für die Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten einsetzen. Die Festigung der Basis der Kommunistischen Partei im Industrieproletariat wird durch das Wahlergebnis erhärtet. Allerdings ist es der Partei noch nicht gelungen, in Sachsen die Stimmzahl der SPD einzuholen, so wie das in Groß-Berlin erreicht wurde. Das ist möglich, da beweisen vielfache Ergebnisse aus proletarischen Stimmbezirken und Arbeiterwohngegenden. Ein solcher Vergleich führt zu dem Resultat, daß der Einfluß der Kommunisten noch stark spürbar bleibt aufzuweisen. Dieses Ergebnis weist uns gleichzeitig auch den Weg zur Aenderung dieses Missverhältnisses und zur Erzielung einer Gleichmäßigkeit der Entwicklung in den verschiedenen Bezirken.

Lehrreiche Einzelergebnisse

Sehen wir uns die einzelnen Resultate etwas näher an. Am 20. Mai wurden in den drei ländlichen Wahlkreisen 2731271 Stimmen abgegeben. Von dieser Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entfallen auf die KPD 11 Prozent (145 Prozent), ausließlich links Kommunisten. Die SPD vereinigt auf 36,57 Prozent (32,11) der abgegebenen Stimmen. Die USPD entwidelt sich rückwärts von 4,19 Prozent im Jahre 1926 auf 1,27 Prozent bei den Maiwahlen 1928. Neben diesen Gesamtresultaten bietet das Ergebnis der verschiedenen ländlichen Städte sehr interessante Vergleichszahlen. Wie wählen in den nachfolgenden Darstellung eine Reihe Orte, die in der Parteiarbeit als Stützpunkte für die kommunistische Agitation in Frage kommen. Die Auswahl richtet sich also nicht nach dem Geschäftspunkt des günstigen Ergebnisses. Wollte man diesen Geschäftspunkt heranziehen, so würde man noch weit bessere Jahresverhältnisse im Vergleich zur SPD gewinnen. Es kommt mir hier aber darauf an, nicht bestimmte Spitzenergebnisse aufzuzeigen, sondern Ergebnisse, die Beispiele für die Durchschnittsentwicklung sind. Dabei sei gleich noch vorherin darauf hingewiesen, daß diese Beispiele aus den einzelnen Dingen nicht den ganzen Wahlkreis oder die Orte einschließlich der ländlichen Bezirke betreffen, sondern daß die Feststellungen sich nur auf die in den Städten abgegebenen Stimmen erstrecken:

Leipzig: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 398243. Hierzu entfallen auf die KPD 17,56 Prozent, auf die SPD 38,61 Prozent (USPD 1,01 Prozent!), KPD und SPD zusammen 55,17 Prozent.

Dresden: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 36488. Hierzu entfallen auf die KPD 11,88 Prozent, auf die SPD 39,15 Prozent (USPD 2,18 Prozent), KPD und SPD zusammen 51,12 Prozent.

Chemnitz: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 174555. Hierzu entfallen auf die KPD 21,18 Prozent, auf die SPD 32,12 Prozent (USPD 1,47 Prozent), KPD und SPD zusammen 53,21 Prozent.

Aue: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 11572. Hierzu entfallen auf die KPD 18,58 Prozent, auf die SPD 29,46 Prozent (USPD 0,45 Prozent), KPD und SPD zusammen 48,03 Prozent.

Schwarzenberg: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 55123. Hierzu entfallen auf die KPD 20,84 Prozent, auf die SPD 22,02 Prozent (USPD 0,6 Prozent), KPD und SPD zusammen 49,50 Prozent.

Zwickau: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 41409. Hierzu entfallen auf die KPD 12 Prozent, auf die SPD 37,03 Prozent (USPD 1,05 Prozent), KPD und SPD zusammen 50,03 Prozent.

Plauen: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 59420. Hierzu entfallen auf die KPD 17,59 Prozent, auf die SPD 24,21 Prozent (USPD 1,5 Prozent), KPD und SPD zusammen 41,80 Prozent.

Reichenbach i. V.: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 14430. Hierzu entfallen auf die KPD 16,72 Prozent, auf die SPD 40,27 Prozent (USPD 0,79 Prozent), KPD und SPD zusammen 56,99 Prozent.

Crimmitschau: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 18204. Hierzu entfallen auf die KPD 8,12 Prozent, auf die SPD 15 Prozent (USPD 0,88 Prozent), KPD und SPD zusammen 50,12 Prozent.

Bautzen: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 20791. Hierzu entfallen auf die KPD 8,33 Prozent, auf die SPD 31,16 Prozent (USPD 2,7 Prozent), KPD und SPD zusammen 39,49 Prozent.

Kreischa: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 14680. Hierzu entfallen auf die KPD 12,51 Prozent, auf die SPD 43,11 Prozent (USPD 1,15 Prozent), KPD und SPD zusammen 56,65 Prozent.

Gitter: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 19477. Hierzu entfallen auf die KPD 3,81 Prozent, auf die SPD 34,05 Prozent (USPD 1,10 Prozent), KPD und SPD zusammen 40,21 Prozent.

Für die Parteiarbeit lohnen sich aus dieser Gegenüberstellung allerlei interessante Schlüsse. Vor allem lehren die Wahlen eins: Je stärker die Partei in den Gewerkschaften und Betrieben verankert ist, um so größer sind auch die Wahlerfolge. Noch ein weiteres Moment ist von Wichtigkeit, nämlich die Abstimmung der weiblichen Frauen. Nach der Revolution bildeten die Frauen einen wesentlichen Kontingent der bürgerlichen Wähler. Dieser Zustand hat sich erst langsam im Laufe der Jahre ein wenig verändert. Nach vielen Mitteilungen ist es jedoch teilweise, daß die große Zahl der Frauenstimmen bei den diesjährigen Wahlen im wesentlichen der SPD zugute gekommen sind. Wer sich das Crimmitzauer Resultat mit seiner starken Tagesarbeiterinnen-Population vergleicht, wird diese Behauptung bestätigt finden. Außerdem werden wir zu dieser Frage noch allerlei interessante Ausschlüsse erhalten, wenn die Ergebnisse der nach Geschlechtern getrennt durchgeführten Wahlen veröffentlicht werden. Weiter erhellt aus der Zusammenstellung, daß auch die SPD im Industrieproletariat noch nicht verwurzelt ist. Es wäre deshalb verhängnisvoll, anzunehmen, daß die Wählerschaft der Sozialdemokratie sich lediglich aus kleinbürgerlichen Schichten resultiert. Verstärkung der Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben, noch höhere Aktivität in den Massenorganisationen und Verbreitung unserer Arbeit auf dem flachen Lande, das sind die Hauptlehrer des Wahlergebnisses in Sachsen. (Fortschreibung folgt.)

Der Schachtly-Prozeß

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Moskau, den 30. Mai 1928.

In der heutigen Verhandlung des Schachtly-Prozesses wurden weitere Zeugen vernommen. Der Bergarbeiter Kultom bestätigte, daß sich in einem Schacht durch das Berücksichtigen des Angeklagten Wohlwollen ein Unfallstod ereignete, wobei 50 Arbeiter ertranken und einer von ihnen den Erstickungstod fand.

Sodann wurde der Angeklagte Belento verhört. Er bestreitet die Richtigkeit der ihm vorgelegten Anklagepunkte und beteuert mit fahlem Pathos seine „Unschuld“. „Ich erkläre категорisch, daß ich niemals Sabotageakte verübt habe, niemals ein Feind der Arbeiterklasse war. Ich möchte die Angeklagte Kolganow und Belento darum aufmerksam machen, daß sie durch ihre Beleidigungen und schändliche Tadeln ein neues konterrevolutionäres Verbrechen begehen, indem sie die Sowjetmacht loyaler Fachkräfte verauschten.“

Man wundert sich über die Geduld des Gerichtes, daß es sich diesen Spitznamen von Unverhältnismäßigkeit zugeschlagen läßt. Denn im weiteren Verlaufe des Verhörs ergibt sich, daß Belento eines der fehlten und verlegenen Aktenstücke der Verhörschränke war. Wie sich aus den vergleichenden Akten herausstellt, wurde dieser „Loyal“ Mitarbeiter der Sowjetmacht vor Jahren zweimal verhaftet. Das erfolgte unter der Verdächtigung, durch Nachlässigkeit den Tod eines Arbeiters verursacht zu haben. Nach dreiwöchiger Haft wurde er entlassen, aber einige Monate später auf die Anzeige von sechs Arbeitern hin, die ihn der Sabotage alle bezüglich, wieder verhaftet. Während der Untersuchung gestand er, daß er Mitglied der konterrevolutionären Organisation war, daß er Verhöretäter, darunter Emilian Kolodub, drei besonders erbärmliche Gründen nicht ausheben ließen, um die Sowjetwirtschaft zu schädigen. Während der Untersuchung äußerte Belento fünfmal seine Auslagen.

Ein Gerichtsmitglied fragt ihn: „Wie ist es zu erklären, daß Sie Ihre Auslagen fünfmal widerrufen bzw. wiederholen; hat Sie vielleicht jemand bedroht?“

Belento: „Nein, niemand.“

Bergarbeiter: „Hat man Sie vielleicht gefoltert?“

Belento: „Nein, niemand.“

Bergarbeiter: „Hat man Ihnen vielleicht Angst eingebläfft, indem man von einer zu erwartenden Todesstrafe sprach?“

Belento: „Nein.“

Bergarbeiter: „Wurden Sie vielleicht von den Untersuchungsorganen mishandelt?“

Belento: „Nein, keineswegs.“

Bergarbeiter: „Wurden Sie vielleicht von der GPU zu Auslagen gezwungen?“

Belento: „Nein, ich erkläre, daß niemand mich bedroht oder mishandelt hat.“

Als ein Mitglied des Gerichts den Angeklagten daran erinnert, daß er seine legitimen Auslagen mit der Begründung widerstellt, wobei er die Drohungen verneint, die er unter dem Druck von Drohungen gemacht habe,

erklärt Belento: „Unter Drohungen verstand ich meine Beurlistung durch die Mitverhafteten.“

Durch das geschickte Kreuzverhör wird Belento, der auch jetzt keine Auslagen in der Unterführung widerruft, daran erinnert, die Tatsche, daß er während folgende Tatsachen zugetragen habe: Er habe im Dynamitlager die Umrördung und in verschiedenen Schächten die irrationale Arbeit bemerkte, seine Arbeitnehmungen jedoch den ständigen Sorgen nicht mitgeteilt; erträchtige Gruben wurden mit Wissen des Angeklagten Emilian Kostrow nicht ausgebeutet. Er leugnet jedoch, daß er gewußt hätte, daß diese Sabotageakte durchgeführt wurden. Weiter erhellt aus der Zusammenstellung, daß auch die SPD im Industrieproletariat noch nicht verwurzelt ist.

In der Abendverhandlung wurde das Verhör Belentos fortgesetzt. Durch sein Verhör bestätigen sich die gegen ihn bestehenden Bekämpfungsmonumente. Die Zeugen erläutern, daß es ein bewußter Konterrevolutionär war. Der Zeuge Antonow bestätigte, daß Belento durch seine Jahrtausende einen unglaublichen Willen verlor, dem der Arbeiter Kostrow zum Opfer fiel.

Hierauf wurde der Angeklagte Ingenieur Antonow verhört. Er leugnet jede Beteiligung an der konterrevolutionären Verschwörung und behauptet, daß er nichts vom Bestehen einer konterrevolutionären Organisation gewußt, kein Geld von einer solchen Organisation erhalten hätte.

Daraufhin wurden ihm drei Zeugen ausgesetzt, die eine Entfernung des Bergarbeiterkollektivs. In diesen Erklärungen wird mitgeteilt, daß Antonow durch seine fahrlässige Tätigkeit die richtige Ausbeutung eines Schachtes unmöglich gemacht hat, weshalb in diesem Schacht die Arbeit nicht fortgesetzt wurde.

Kolganow: „Entsprechen die Aussagen den Tatsachen?“

Antonow (nach langem Zögern): „Nein.“

Kolganow: „Also die drei Zeugen, die übereinstimmend aussagen, liegen.“

Antonow: „Ihre Aussagen sind unrichtig, für die schlechten Direktoren sind meine Vorgänger und mein Nachfolger verantwortlich, nicht aber ich.“

Kolganow: „Sie waren Bergwerksinspektor. Sie hatten die Kontrolle des Schachtes, wo Kolganow arbeitete, Ihnen: Bezeichneten Sie nicht die Sabotageakte, die einem Nachmann unbedingt aufzuhallen mugten?“

Antonow gibt eine verlegene Antwort und sucht die unwillkürliche Kontrolle durch Mangel an Personal zu entschuldigen.

Kolganow teilt mit, daß der Verdacht aufgezogen ist, Antonow sei bereits 1922 amnestiert. Antonow stellt dies in Abrede und spricht von einer Kammerverweichung. Die von der Staatsanwaltschaft diesbezüglichen Akten werden über den Fall Kostrow hergeholt.

Aus der Überläufik

Das neue Bad für die Biehmeide

Jüttau. Bürger, treibt Leibesübungen!", das war die Aufforderung des Stadtrates zu Jüttau während der Zugnahme. Wie natürlich er aber dafür sorgt, daß die Bürger auch Bäder zur Verfügung haben, um Leibesübungen treiben zu können, zeigt das neue Bad an der Reiche. Oder sind die Bewohner der Biehmeide keine Bürger im Sinne des Rates? Schon bevor die Reichergralisierung durchgeführt wurde, entsprach das Bad nicht den Erfordernissen einer Volkserholungsstätte. Um so größer waren die Hoffnungen auf das neue Bad. Aber der Rat war überflüssig. Nur notgedrungen mußte er sich enttäuschen, wieder eins einzulegen. Wer sich dieses jetzt betrachtet, dürfte schwer entzückt sein. Denn eine Ähnlichkeit mit einem Wohlbad ist überhaupt nicht vorhanden. Die ganze Anlage macht den Eindruck einer Hölle oder wie sie es heißt, eines Kinderbades. Ein Erwachsenen ist bei der Gefahr ausgelaufen, das er beim Umdrehen mit der Grauwand in unfehlbare Reichweite kommt. Hat der Rat etwa Angst, daß durch ein gutes Reisebad eine Konkurrenz für das Weitbad entstehen könnte? Dann ist es nur notwendig, daß die Preise im Weitbad etwas zulässiger eingerichtet werden, damit mehr volle Gefahr losgelöst wird. Wenn man sich Olbersdorf betrachtet und bedenkt, welche Mittel dort für das Bad ausgegeben werden, dann dürfte es nicht zuviel zum Stadtrat verlangt sein, daß an der Reiche ein Bad eingerichtet wird, welches den Anforderungen entspricht, die an ein Wohlbad gestellt werden. Das Gelände an der Reiche ist wirklich sehr gut geeignet für eine wunderbare Badeanlage. Arbeitlose gibt es auch genug, worum also nicht etwas Vernünftiges schaffen? Achelt es etwa an Geld? Daß das dürfte nicht zutreffen, denn Jüttau ist ja als eine der reichen Städte von Sachsen bekannt. Wenn es da an barem Geld fehlt, so wird sich leicht schnell eine Kreditlinie öffnen. Im übrigen fehlt es bei anderen weniger wichtigen Dingen nicht an Geld (außer nationalen Rummeln u. dergl.). Geplant sein kann die Zittauer Einwohnerchaft auf die Gründung. Da wird es etwas zu holen und zu hären geben. Bürgermeister Reichenburg wird die Ansprache halten. Die Stadtkapelle wird auf einem schwimmenden Podest untergebracht sein und die Gemeinde andere passende Konzertstätte zum heilen geben. Als Abschluß wird ein Doppel-Schweinefischfest stattfinden, an dem die städtischen Körpermärsche sowie der Bademeister Hermann teilnehmen werden. Der Finanzdezernent der Stadt Jüttau, Oberbürgermeister Jüngelberger, wird zum Schluss noch allen den Dank aussprechen, die im Jahre 1926 durch ihre Zustimmung uns 100000. Grunz. u. Gewerbetreuer die perfekte Grundlage gelegt haben zur Ausführung des Neuerbauprojektes. Ganz besonders wird der Bürgermeister den Bademeister Hermann danken, weil dieser damals der rettende Engel gewesen ist. Als Belohnung wird ihm eine Ledenstellung zugesichert und ein Verdiensturkundung überreicht werden mit der schönen Inschrift: "Der Dank des Oberbürgermeisters ist die gewisse Hoffnung". Nach der Eröffnung die Erkenntnis fällt, daß im 20. Jahrhundert eine Badeanstalt anders aussehen muß als eine Hundertstomme.

Bauhner Rotfront in Berlin

Im Sonnabend, früh 7 Uhr, begann die erlebte Fahrt, um der Rotfront unteren Kammerlinnen zu demonstrieren gegen das reaktionäre Rotfrontverbbot. Mit dem Gesang: "Stürzer zur Gunze, zur Freiheit verliehen wir unsere Stadt. Gute Stimmen röhrteten die alten Berlinfahrt, trug das schlechte Beifahrer. In Lübben machten wir eine kurze Rast, und trocken Blutes ließen wir dann unsere Fahrt fort, unterwegs von der Polizei freundlich begrüßt; 10.30 Uhr raste wir in Berlin ein. Vor Mariendorf empfing uns ein Polizist Schupo, die mir gleich mit unserem Bundesgruß "Rot Front!" begrüßten. Unsere Autos mußten halten und alles ansteigen. Jeder meinte sich

eine Befreiung nach Witten

gesessen lassen, was sehr lächerlich wirkte, denn gefunden wurde nichts. Bei der Durchsuchung tat sich der Schupo-polizisten besonders heraus, währenddem die Mannschaften sich mit uns komplimentarisch unterhielten und erklärten, sie mügten dem Befehl eben nachkommen. Wir fuhren nach Lichtenrade in unser Standort, wo wir von der Bevölkerung ganz freundlich aufgenommen wurden. Abends fand eine Empfangsfeier der auswärtigen Kameraden statt. Am 1. Feiertag, 11 Uhr stellte sich unter Beifall zum Marsch nach Berlin. Unterwegs von der Bevölkerung freundlich begrüßt, gelangten wir zum Hauptbahnhof nach dem Lustgarten, welcher schon längst verfehlt war, und wir in einer jugendstrasse Aufstellung nahmen. Es sprachen über 20 Redner zu den Massen, und leichte gelobten, gegen das Rotfrontverbbot zu kämpfen, die Zusammenkunft zu führen und die Rote Rotfront zu festigen. Einige Bauhner Kameraden gingen einen Rundgang in einem Heerlager und machten feststellen, daß Hunderttausende den Lustgarten und sämtliche Plätze und Jungfernstraßen voll besetzt hielten; besonders regen Anteil hatte die Berliner Bevölkerung genommen. Arbeitersportler, Betriebsdelegationen und andere proletarische Vereine demonstrierten mit im Zuge, desgleichen ausländische Delegationen.

Unser Abmarsch vom Lustgarten

erfolgte mit großer Begeisterung, begleitet und begrüßt von der in Reihen stehenden, polterbilden Berliner Bevölkerung. Rot Front! Willkommen, Soldaten der Revolution! leuchteten aus die Transparenz in den Straßen Berlins entgegen. Festlich gekleidet waren die Arbeitssoldaten. Mit Erfrischungen und Leibesgaben versiehen, gelangten wir nach dem Friedrichshain, wo der Vorbeimarsch an der Befestigung erfolgte, in

der Mitte kam Thälmann. Nach dem Vorbeimarsch lösten sich die Gruppen auf und wir fuhren mit unsern Autos wieder zurück ins Quartier, währenddessen der Abmarsch noch zwei Stunden dauerte, ehe er zu Ende war. Wir Bauhner waren im zweiten Hauptzug, und vier waren im ganzen Bielefelder Zug einen schwarzen Star zur Ehre und zum Kampfgeblöck des von der Stadt erbaulichen Charlottenburger Rathauses. Dieser gewaltige Riesenauftaumarsch hat der Reaktion gesagt, daß die Rote Front vorwärts marschiert trotz aller Verfolgungen.

Am 2. Feiertag fanden Bezirksveranstaltungen statt, gegen welche nahm wiederum die Berliner Bevölkerung daran. Am 3. Feiertag, früh 7 Uhr, erfolgte unsere Rückfahrt nach Bautzen, unterwegs durch Städte und Dörfer fahrend. Wiederum von der Bevölkerung begleitet, begrüßt, gelebt mit kurz vor 18 Uhr in Bautzen an. Am Kornmarkt erwartete man uns, und Kämmermann hielt noch eine kurze Ansprache über das Reichstreffen des RFB und die Absichten der herrschenden Klasse zu einem

neuen Artikel, wie sie ruft und mit welchen Mitteln für denselben führen wird. (Viele Bautzener).

Mit einem Appell an die Bautzner Bevölkerung, der Roten Klassefront beizutreten, lobte er seine Ausführungen und unter den Klängen des Siedlungsmarsches: "Macht auf, verdammt noch Eile", kam die Erstlangsamkeitsrede zum Ende.

Wertkäfige Bautzens, am 21. Juni findet in Bautzen ein

Gartentreffen von Ostschlesien statt. Jetzt auch ihr eure Gartentreffen gegenüber den auswärtigen Arbeitskameras. Nehmt Quartiere zur Verfügung, indem die bautzner die Rote Klassefront kriegen und folgt dem Beispiel der Berliner Bevölkerung. Mit Rotfront durch Kampf zum Sieg!

Zur Nachahmung empfohlen

Großröhrsdorf. In wenigen Stunden brachte es ein Genosse fertig, für die Internationale Arbeiterhilfe

101.00 Mark

zu sammeln. Wir sagen allen Spendern, namentlich den Geschäftleuten von Großröhrsdorf, unsern besten Dank und hoffen, daß andere Genossen diesem Beispiel nachstehen.

Aus dem Stadtparlament Bautzen

Der Haushaltplan für 1928 / Dauersitzungen von 17 Stunden an zwei Abenden

Zu Beginn der letzten Sitzung des Stadtparlaments wurden, wie üblich, Rentenannahmen vorgenommen, u. a. eine des Unterstützungsanschlusses, die Standortswände des Kinderheims im Schlosspark betr., in welchem gegen die damals außerhalb errichtete ehemalige königliche Gewächshausanlage zur Zeitung genehmigt wird. Ebenso wird eine wöchentliche ärztliche Kontrolle zugesichert. — Auch ein Schreiben der Studentenorganisation bestätigte Zulassung von Kircheneuerzeugen an Mitglieder veranlaßt unteren Genossen Schulz, sich in kurzen Worten dagegen zu wenden. Er beantragt einen Unterstützungsanschlag der Steuerbehörde gegenüber, was, wie üblich, abgelehnt wird. — Die noch zuvor dem Gemeinshaushaltplan für diese beiden Sitzungstage gebrachten Beratungen gegenständig waren belanglos und wurden ohne Ausprache angenommen. — Ein nachträglich eingebrochener Dringlichkeitsantrag, die Erhöhung des Hornbach-Turms, wird genehmigt und die Baulehre von 7000 Mark veranlaßt liegen vor. Die Ratsvorlage wird einstimmig angenommen, so daß der fertige Bau noch vor den Herren der allgemeinen Benutzung übergeben werden kann.

Topisch ist ein kurzer Bericht des Vorstellers Lunze, der vorschlägt, es den anderen Städten nachzumachen und den Haushaltplan in einem Abend zur Verabschiedung zu bringen. Das heißt also, wie sollen Ja und Nein sagen. Die bürgerliche Gesellschaft ist sich aber gewiß in der Erstellung des Kommunalen Budgetslos gestellt mit jenen Fällen, der unsinnige Ausgaben bedeuten, aber für die Wahlkampfpflege zu verwenden wie eben eben darf einleben. Oberbürgermeister Niedner fordert doppelte Sparmaßnahmen, da die Finanzwirtschaft der Stadt Bautzen wahrhaftig alles andere ist als eine gute. Natürlich meint er nur Sparmaßnahmen der wertvollen Eigentümung gegenüber. Wenn auch heute der SPD-Stadtverordnete Seiler sich so läßt gegen das hohe Gehalt der Ratsmitglieder wendet, so doch nur darum, weil wir uns so kurz nach der Wahl befinden. Wie sehr werden aber die SPD'ler in höchster Harmonie mit den Rechten arbeiten und alle unsere Anträge ebenso wie die labieren. Eine Lunge für die Rechte kann der Demokrat Werner, indem er lang und breit für den Haushaltplan spricht.

Genosse Wenzel bringt auf eine Einwendung des Reaktionärs Lunze einen Antrag auf unbedeutliche Arbeitzeit zum Haushaltplan ein, der wohl unterstützt, aber dann von der AWP, der Wirtschaftspartei und den Deutschnationalen abgewatzt wurde. Der Wirtschaftspartei Gottschalk, der oft die "heiligen Hallen" durch seine Ausführungen zur Heiterkeit reizt, mag es, den Haushaltplan in seiner Gesamtheit ablehnen. Genosse Schulz weiß dagegen, daß uns der Vorwurf einer Beleidigung gegen höchste Beamte gemacht wurde; wir sind jedoch vornehmlich genau, um aus den Vorgängen im städtischen Wirtschaftsamt, die Unterdrückungen betr., gelernt zu haben. Ebenso wendet sich Genosse Schulz darauf, daß die Kommunen nicht in der Lage sind, eigene Anträge zu einer so wichtigen Haushaltserarbeitung zu stellen. Er zeigt, wie die Politik im Reiche, dem Lande und den Gemeinden ausliest, und betont, daß es klar ist, daß in diesem Staat die Mittel aus den Arbeitern und den Kleinbürgern erzielt werden. Der Bauhner Stadtrat und die Bürgerbedrägering gleichen einander wie ein Ei dem anderen. Und wie hat sich der Rat bewährt? Hat er sich nur das Wohl der Armen und Schwachen getraut? Nein, nur um seine eigenen Interessen. Die Baupolizei war, den Beamten billiger im Kastell zu treten, den Wein jedoch auszukaufen. Ihre Gehälter um eine Gruppe zu steigern, darum lämpfen sie wie die Löwen. Und wie steht der Wohnungsbau aus? Nur für Kapitalisten gibt man Extra-Mittel für Ein- und Zweifamilienhäuser, statt Wohnungen für Arbeiter zu bauen.

(Inzwischen verläßt der Vorsther Lunze, dem Genossen Schulz die Rentezeit zu retten. Da dies möglichst verlassen die Deutschnationalen den Saal.) Da ertragen die Deutschnationalen die Wahrheit. Wie werden den Haushaltplan ablehnen. Wenn dann der Rat sich nicht weiter zu helfen weiß, verteidigt er sich hinter den Redningshünen der Justiz. Es sei nur sagbar, daß die Stadtvorortenwahl nicht sofort an die Reichstagswahl folgen, denn sonst hätten die Kommunen einen Denkzettel für die vorgekommenen Standorte erhalten, der wohl mehrere reaktionäre Ratsmitglieder in der Tumultheit verschwinden ließe.

Endlich beginnt die Aussprache über den Haushaltplan, der ja monche Wünsche der einzelnen Parteigruppen bringt. Genosse Schulz beantragt u. a. die Garantie für das Bürgermeisteramt mit 740 M. und Revanchestellung von Gorbitz mit 750 M. es doch gar nicht so viel, in jenen Amtsbezirken anzutreffen, zu streichen. Um diesen Kreis der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, an den Stadtvorortenentwicklungen teilzunehmen, soll ein anderer, der Zeit entsprechender Raum zur Ver-

fügung gestellt werden, oder als Eventualantrag, dann mindestens eine Sitzetunde nach Beginn der Sitzung die Interessenten auf die nicht befahrbaren Tribünen zu lassen. Des Weiteren möchte Genosse Schulz Ausführungen darüber, daß sie in den Ausführungsberichten nicht ausreichend zu Worte gekommen sind, hier neue Anträge zu bringen, denn durch das Streichen so mancher kleinen Posten kann viel eingespart werden. Es handelt sich um Beträge die den Reaktionären die Lage in feiner Weise verbessern helfen. Die Abänderungsanträge unseres Genossen Schulz im Punkte allgemeine Bewaltung veranlassen die bürgerlichen Parteien von AWP bis zu den Deutschnationalen die Abstimmung abzulehnen.

Zu der Abteilung Polizeiernahrung spricht Genosse Wenzel in ihrer Form auch keine Abänderungsanträge vor, allenfalls dem Papierfabrik, Wiedenbrück, Bau-, Marktpolizeiabteilung bringen ebenfalls weitere Anträge, die nicht genugend Unterstützung finden.

Lebhafte Aussprache eröffnet Punkt Bauverwaltung, bei denen Abstimmungen unter Genossen Schulz an mit dem Oberhaupt wohlbekannte Ausserordnungen hat, liegen doch gerade in der Bauverwaltung handelsliche Vorhaben vor. Straßen werden aufgerissen, wieder gebaut, neue Böden wird die Arbeit wieder angeordnet. Wo bleibt da die Überprüfung? Darum kommt ich niemand für die Arbeit jedoch hat man Autoplatz genugend. Genosse Horstmann bringt einen Antrag zur

Bereilligung der Strompreise für die mehrläufige Bevölkerung.

als auch für die Händler und Kleingewerbetreibenden ein. Da kostet jetzt der Lichtpreis von 45 auf 41 Pf. und den Kraftstrom von 11 auf 12 Pf. verhältnismäßig. Auch beim Gaswerk handelt es sich um die gleichen Verhältnisse. Von der SPD bis zu den Deutschnationalen besteht einstimmiges Zustimmung bei der Unterhaltungsfrage. Alles verzahlt der Abteilung Betriebe und Unternehmungen. Die eingesetzten Zahlen im Haushaltsergebnis 1927 sind zwar höher, aber doch von keinen der "Linien" demontiert erhöhte Anträge gestellt werden, die niedergestimmt werden. Zum Punkt Stadtbau sind ein ganz stiles Abänderungsantrag eingegangen, da der Deputent bereits infolge der vorgeschickten Sitzung fortgegangen ist, können verschiedene Abhängigkeiten nur mit bestimmten Verhältnissen vornehmen werden, weil die anwesenden Ratsmitglieder keine Auskunft zu geben vermögen. Die Abteilung Wirtschaftsverwaltung wird trotz Gegenrede verhandeln. Von Seiten der kommunistischen Abteilung werden die Unterabteilungen in der selben berücksichtigen. Der Unterhaltungsausdruck hat bis heute noch nicht gezeigt — das übliche Verhandlungsmaterial.

Die von unserem Genossen Wenzel unter Abschnitt Bebauungsweisen geforderte sozialen Totenbestattung wird mit sämtlichen Stimmen von der AWP bis zu den Deutschnationalen abgestimmt. Zum Kapitel Schulen ergibt Genosse Schulz das Wort und fordert das Bauhner Schulweisen. Für die Volksschulen hat man nur ganze 1000 M. übrig, während man für die höheren Schulen ganz anderes Mittel zur Verfügung hat. Inzwischen ist es gegen 3 Uhr morgens geworden, die Arbeitszeit der Stadtverordneten stand natürlich ab, und deshalb geistet die Arbeit wieder an. Genosse Schulz will die Auskünfte verhindern, die Arbeit zu verhindern. Von Seiten der kommunistischen Abteilung werden die Unterabteilungen in der selben berücksichtigen. Der Unterhaltungsausdruck hat bis heute noch nicht gezeigt — das übliche Verhandlungsmaterial.

Er führt nunmehr in seinen Ausführungen fort, charakterisiert das Halten von monarchisch eingerichteten und den Krieg verherrlichen Büchern, stellt fest, daß die Schulen ein willküriges Objekt der ausbeutenden Klasse sind. Er verlangt allgemeine Lehr- und Vermittlungsfreiheit. Die Schulbücher wird wegen viel vorhandener alter Schmöker so wenig benutzt. Die bestensmögliche Jugend gelingt ein großer Unterricht an moderner revolutionärer Kultur.

Der Deutschnationale Juno verlangt über den Etat des gesamten Schulweises ein bloß abzustimmen, versteht sich, die sehr lächerlich gebrachten Einwendungen unseres Genossen Schulz herüberzuwürfen, was erneute Zwischenfälle auslöst, die unserem Genossen Wenzel zwei Ordnungsstrafen einbringen. Wiederum fordert der Vorsther einen Gesetzesänderungsbruch, indem er die Weiterbehandlung des Schulweises abwirkt. Eine Anzahl vom Genossen Schulz hierzu gestellter Anträge wird durch die Bürgerlichen abgelehnt. Zu den an höheren Schulen geringen Ziffern gestellt. Hierfür werden viel vorhandener alter Schmöker gezeigt. Die bestensmögliche Jugend gelingt in der Montagsschule.

Daraus wird gegen 4.15 Uhr morgens die Sitzung verlegt. Die Fortsetzung des Berichtes erscheint in der Montagsschule.



Denn sie ist vorzüglich,
leicht mild und wohlbekömmlich
dabei erstaunlich preiswert

SULIMA CIGARETTE

Deutschmeister



Wirtschaftskämpfe und ZAIS

(Schluß)

kleinere Aktionen sind noch von den verschiedenen Ortsgruppen innerhalb Sachsen durchgeführt worden. Es wäre zu viel, hier alle Orte aufzuzählen, wir wollen nur erwähnen, daß außer den oben angeführten noch ca. 280 Lebensmittelkäufe zur Verteilung gelangt sind.

Gesamtausstellung der von der ZAIS bedachten:

811 Chemnitz
125 Überlungwitz
650 Dresden
275 Heidenau
125 Zugau
75 Mittweida
4100 Limbach und Umgebung
516 Einsiedel
50 Döderan
250 Siegmar
75 Fallendorf
230 verschiedene kleinere Orte.

14582

Außerdem wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß eine Mutter in Chemnitz den Genossen der Hilfskommission der ZAIS für Schubert u. Salzer, Chemnitz

2500 Ritter Witz

lebenslos zur Verfügung gestellt hat, desgleichen eine Mutter in Mittweida 100 Ritter. Diese Ritter wurde an bejahtes kinderfreie Familien abgegeben.

Kinderfreie.

Insgesamt sind während des Streites in den verschiedenen Orten 325 Kinder freie vermittelt worden. Auch hier müssen wir feststellen, daß besonders kleinere Geschäftleute in den verschiedenen Orten die Kinder gut und reichlich versplitten haben.

Kindertransporte

Nachdem der Kampf etwa 8 Wochen dauerte, ging die ZAIS auch dazu über, Kindertransporte zu organisieren. Erstzuliefernde stellten sich auf diesem Gebiet nicht nur Arbeiter innerhalb Sachsen, sondern darüber hinaus die Berliner und Hallischen zur Verfügung. Insgesamt sind nur 97 Kinder durch die ZAIS während des Streites in Landauenthal untergebracht. Die Mission war großer vorbereitet, kam aber nicht zur vollen Entwicklung durch den plötzlichen Abriss des Streites. Die Kinder wurden überall freudig aufgenommen. Nach Abschluß dieser Kinderhilfsaktion werden wir darüber besonders noch berichten.

Solidarität der Unternehmer

Während die Internationale Arbeitshilfe mit allen zur Verfügung stehenden Kräften die freikämpfenden Metallarbeiter unterstützte, organisierten auch die Unternehmer unter sich eine Solidaritätsaktion. Der Verband der Textilindustriellen erließ ein Kundschreiben an seine Mitglieder, in dem er aufforderte, keine streikenden oder ausgesperrten Metallarbeiter einzustellen. Außerdem sollten die Textilunternehmer dahingehend wirken, daß in den Textilbetrieben feierliche Sammlungen für die Metallarbeiter vorgenommen würden.

Die Metallindustriellen in Deutschland haben in einer Sitzung in Berlin beschlossen, ihren bedrängten Bundesgenossen in Sachen zu Hilfe zu eilen durch finanzielle Unterstützung, entweder wenn es sein müßte, durch eine Gemeinschaftserzung über das gesamte Reich.

Auch die

Polizei

über Solidarität mit den Unternehmern. Sie setzte alles daran, die von der ZAIS eingeleitete Sammelaktion illusorisch zu machen. Doch wo man einen Sammler namentlich machen konnte, wurde dieselbe verschafft, die Sammlerinnen und Sammlerhechte bezahlungsahmet. Wir wollen es an dieser Stelle unterlassen, Einzelheiten zu nennen von Stollberg, Chemnitz und anderen Orten. Der ADGB leistete dabei Hilfe, indem er durch die Trierische Volkszeitung öffentlich erklärt, es seien Sammlungsummungen für die Metallarbeiter im Umlauf und man solle alle diebetätiglichen Sammler namentlich feststellen lassen.

Des weiteren lebten es Gewerkschaften ab, Mittel für die Kämpfenden der ZAIS zu übergeben. Besondere Beachtung verdient der Beschluß der Mitgliederversammlung des Arbeiterverbandes zu Perga. Man sahte einstimmig den Betrag von 100 Mark aus den Mitteln der Lokalfeste für die Unterhaltung der streikenden Metallarbeiter der ZAIS zu überreichen. Zur Ausführung des Beschlusses bedurfte es laut Verbandsstatute der Zustimmung des Hauptvorstandes. Dieser lehnte die Unterhaltung der Metallarbeiter mit folgendem Schreiben ab:

Wir bestätigen den Empfang Deines Schreibens vom 23. d. M. bez. Beschluß der Mitgliederversammlung vom 22. d. M. Der gefasste Beschluß der ZAIS den Beitrag von 100 Mark aus Mitteln der Lokalfeste zu überreichen, kann unter keinen Umständen durchgeführt werden. Ein solcher Beschluß hätte nicht gefasst werden dürfen, weil er mit den Sammlungen anderer Verbandes in direktem Widerpruch steht. Am 8. 23. Uhr 10 des Verbandsstatutes ist darüber folgendes in leden:

„Außer für die Zwecke des Verbandes, die sich aus dem Statut ergeben, dürfen Geldmittel ohne ausdrückliche Genehmigung des Hauptvorstandes aus der Lokalfeste nicht verwendet werden.“

Weiter wird in dem Schreiben des Hauptvorstandes des Arbeiterverbandes noch folgendes gesagt:

Empfang der Polarsieger in Berlin



Hauptmann Willms (1) und Leutnant Epperson (2), die zur Erforschung der meteorologischen Verhältnisse im Polargebiet einen Flug über bisher unbekannte Gebiete unternommen haben. Unsere Aufnahme zeigt die beiden Flieger nach ihrer Landung in Berlin.

Weshalb der Umweg über die ZAIS, bei der über die Verwendung der eingesammelten Gelder auch nicht die geringste Kontrolle besteht, ob sie für die Streikenden verbraucht werden. Die ZAIS ist zudem eine parteipolitische Gründung, die mit gewerkschaftlichen Zielen und Zielen sehr wenig zu tun hat. Somit bis jetzt feststeht, daß die Allgemeinheit über die Verwaltung vieler Mittel nichts erfahren. Aus diesen Gründen kann der Vorstand keine Zustimmung zu dem geführten Feldzug nicht geben.

Die kämpfenden Metallarbeiter, die während des Streites von der ZAIS unterstützt wurden, die Gelegenheit hatten, die öffentlichen Sammelauflösungen zu prüfen und zu kontrollieren, werden die aufgestellten Behauptungen, daß die Allgemeinheit über die Verwaltung der Mittel nichts erfahre, mit Gleichmäßigkeit zurückweisen. Wir wollen weiter fest, daß sämtliche Sammlungen der ZAIS laufend öffentlich quittiert und über die Verwendung öffentlich berichtet wird. Dies ist dem Hauptvorstand des Arbeiterverbandes sicherlich nicht unbekannt, aber er arbeitet noch den Grundlagen: „Beteiligung nur drauf zu es wird schon etwas hängen bleiben.“ Er will durch diese Gemeinheit verhindern, daß die reformistischen Führer die kämpfenden Metallarbeiter verraten haben. Auf der anderen Seite stellen wir bei dieser Gelegenheit fest, daß jetzt in dem Wahlkampf von den Gewerkschaftsführern, die zum großen Teil auch von oppositionellen Mitgliedern aufgebaut worden sind und für Kämpfe um Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter bestimmt sind, für Wahlpropaganda der sozialdemokratischen Partei verschwendet werden. So hat z. B. der ADGB, Bevölkerungsabschluß Sachsen, für die SPD ein Wahlblatt in einer Auflage von mehreren Millionen herausgegeben. Der gesamte gewerkschaftliche Funktionärskörper (soweit er sich zur Verfügung stellt) wurde zur Verteilung der Blätter herangezogen. Die gesamte Gewerkschaftspresse wurde in den Dienst der SPD-Propaganda gestellt; ist das nicht eine Verwendung von Geldern, die sich aus dem Statut nicht ergeben? Warum kümmern

sich hier die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht um die Sicherung des Status?

Interessant ist im Schreiben des Hauptvorstandes des Arbeiterverbandes die Behauptung, die ZAIS habe mit gewerkschaftlichen Zielen und Zielen sehr wenig zu tun. Sicher behauptete man glattweg, die ZAIS habe überhaupt nichts mit neuzeitlichen Zielen zu tun. In Anbetracht der zahlreichen Tätigkeiten der ZAIS für die Erfahrung der arbeitenden Massen in dem Gewerkschaften mag man letzteres nicht mehr so behaupten.

Trotz der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer während der ZAIS-Aktion für die ausgezeichneten Metallarbeiter, trotz Polizei- und Unternehmensmaßnahmen ist es der ZAIS gelungen, eine großzügige Hilfsaktion durchzuführen.

Abmilderung des Kampfes

Schiedsprüche und Verbündeteklärungen waren wieder die evidentesten Gründe, mit welchen man den Kampf abschließen wollte gegen den Willen der Arbeiter abschüttigte. Noch wenige Tage vor dem Abbruch beschloß die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter in Leipzig die gefallenen Schiedsprüche nicht anzunehmen. Die Abstimmung gelang unter harter Beurteilung sämtlicher organisierten Metallarbeiter. 90 Prozent entschieden sich für den Streik. Doch andere Abstimmungen könnten wir hier nennen. Nach Angabe der Unternehmensleitung schied nicht die „Möglichkeit“, alle Arbeiter sofort wieder einzustellen, hunderte blieben auf der Straße und ließen den Metallarbeiter verraten haben. Auf der anderen Seite stellen wir bei dieser Gelegenheit fest, daß jetzt in dem Wahlkampf von den Gewerkschaftsführern, die zum großen Teil auch von oppositionellen Mitgliedern aufgebaut worden sind und für Kämpfe um Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter bestimmt sind, für Wahlpropaganda der sozialdemokratischen Partei verschwendet werden. So hat z. B. der ADGB, Bevölkerungsabschluß Sachsen, für die SPD ein Wahlblatt in einer Auflage von mehreren Millionen herausgegeben. Der gesamte gewerkschaftliche Funktionärskörper (soweit er sich zur Verfügung stellt) wurde zur Verteilung der Blätter herangezogen. Die gesamte Gewerkschaftspresse wurde in den Dienst der SPD-Propaganda gestellt; ist das nicht eine Verwendung von Geldern, die sich aus dem Statut nicht ergeben? Warum kümmern

750 Arbeiterfamilien

Lebensmittelkäufe im Werte von 250 Mark. Auch hier wieder ein gutes Zusammenarbeiten zwischen dem Konsumverein Chemnitz, den Gewerkschaften und der ZAIS. Alle Lebensmittel wurden abermals mit einer Preisermäßigung von 20 Prozent geliefert.

Zu Voltaire's 150. Todestag

1778-1828

Vor 150 Jahren starb in Paris inmitten eines Triumphzuges, den ihm das fortwährend revolutionäre Frankreich bereitete, und den das Königreich und seine feudalen Traditionen nicht verhindern konnten, der große Vertreter der bürgerlichen Revolution, Voltaire, gelebt und gelehrt von seinen Freunden genossen, gedacht wie kein zweiter von den konträren Mächten des Feudalismus und der Kirche.

Kein Schriftsteller des französischen Kaiserreichs hat eine derart aufrüttende Wirkung, einen solch rasanten und breiten



Einfluß in ganz Europa ausgeübt, wie Voltaire, der in einer Zeitspanne von 54 Jahren zwischen drei Generationen etabliert und beeinflußt. Im Jahre 1694 in Paris geboren, erholte François Marie Arouet, genannt Voltaire, nach die legenden Stroheln der Glanzzeit des französischen Absolutismus unter dem „Sonnenkönig“ Ludwig XIV. Über nicht die gleißende Seite der Herrschaft des „Sonnenkönigs“, nicht die mit dem Blut der französischen Bauern und kleinen Handwerker getötete Kolonne des Absolutismus hat den Charakter des anhängenden Schriftstellers bestimmt, sondern die durch kirchlichen Fanatismus und feudale Reaktion inszenierten Bartholomäusnächte in den oft noch fortgeführten Staaten des jüdischen Frankreichs, die mittelalterlich-kriegerische Verfolgung der calvinistischen Hugenotten, die nach der Aufhebung des Edikts von Nantes (1785) in eine regelrechte Treibjagd überging.

Im Jahre 1717, im zweiten Jahre der Regierung Ludwigs XV., mache Voltaire zum ersten Male wegen eines latifidialen Gedichts auf Ludwig XIV. Bekanntheit mit der Bastille. In den elf Monaten seiner Haft vertrat er zwei Werte, die heute mit Recht der Vergessenheit anheim gefallen, für Voltares Entwicklung aber gerade in ihrer Gleicherlichkeit charakteristisch sind. Die Freiheit, ein langweiliger Hommes auf sein IV. zeigt den höflichen Dichter Voltaire in seiner belärmten Sympathie für getötete Häupter. Das Trauerspiel „Oedipus“ dagegen verrät bereits die Tiere des Löwen. Da findet man kluge Ausprüche gegen die auf der Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Massen beruhende Macht der Kirche und ihrer Pfaffen, gegen den englischen Konservativismus und die brutale Struppelhaftigkeit der Behörden und Regierungen, neben platten, phrasenhaften Sentenzen, die zu dem revolutionären Schriftsteller Voltaire passen wie die Faust aufs Auge.

Nach seiner Entlassung aus der Haft wurde er verbannt und ging nach Holland, einem Lande, in dem nach der Verbüßung der Spanier die bürgerliche Entwicklung einen raschen Aufschwung genommen hatte. Im Jahre 1722 wanderte er in Folge eines Streites mit einem ränkelnden Feudalherren, der ihn durch einen Bedienten prügelte, nach zum zweitenmal in die Bastille und wurde nach einigen Wochen wiederum verbannt. Diesmal ging er nach England, dem nach der Revolution sozialistisch fortgeschrittenen Lande mit den für die damalige Zeit radikalsten philosophischen und sozialen Theorien.

Nach dem Tode seiner Freundin ging er 1730 auf eine Einladung Friedrichs des Großen hin nach Berlin, wo er es drei Jahre unter dem Stachel des friedlerianischen Despotismus aushielte. Dann wendete er sich nach Lyon nach der Schweiz, wo er sich unweit von Genf in Ferien für sein ganzes Leben niederließ.

Nun beginnt die Glanzzeit seines Schaffens. In einer Fülle von philosophischen und historischen Schriften, geistreichen Operen, journalistischen Pamphleten, satirischen Romanen und Erzählungen zog er zu Höhe gegen religiösen Überglauben, kirchliche Unbilligkeit und Rachsucht, despatische Münzwirtschaft, bürgerliche Engstirnigkeit und Habsucht und alle Verbrechen und Verwirrungen der zeitgenössischen Gesellschaft. Unterblieb in seinem Werk verhüpf mit dem Kampf gegen mohrere ungeheurelle Justizmorde, die mit allen Grauen der Inquisition indiziert wurden.

Auf tausend Wege drangen seine Schriften, obwohl verboten und von den Kommiss des Gedankenolls mit Spuren einer verfolgt, nach Frankreich, wo sie sündend und begleitend die Kirchengehünter mitzilierten, die Lauer mit Geißelbändern normierte trieben, durch tausend Kanäle auf die Straßen und Plätze von Paris rückten und schließlich in den Vororten von St. Antoine und Temple zur materiellen Gewalt mündeten, die den feindlichen Plunder in einem Sturm hinwegfegten.

Paul Braun

Rotes Laufband

Solidarität über Alles!

Der Anfang dieses Lieblingsliedes der organisierten Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten ist nicht übertrieben. Denn — wie schon jetzt feststeht — die Arbeiterschaft der ganzen Welt hat allein für die Streikende im Kohlengebiet von Colorado, Ohio und Pennsylvania im Laufe des Jahres 1927 mehr als drei Millionen Dollars Unterstützung aufgebracht. Der größte Teil dieser Riesensumme (etwa 12 Millionen Mark) wurde durch die wohlhabende „amerikanische“ Reklame der Streikleitung, die von den Gewerkschaften nicht erkannt und unterstützt wurde, in den USA selbst aufgebracht. Wieviel das Proletariat der Sowjetunion beigetragen hat, läßt sich aus der bisherigen Berechnung leider noch nicht ersehen.

Die Bank der Arbeiter

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten US, die im Berliner Hause des ADGB untergebracht ist, besteht nun mehr vier Jahre. Sie begann ihre Tätigkeit 1923 nach der Stabilisierung der Währung mit einem Kapital von 200.000 Mark, das bis Ende 1926 auf Grund der Einlagen auf 36,1 Millionen, bis Ende 1927 auf fast 80 Millionen gehegt werden konnte. Diese Gelder legen sich zum größten Teil aus den Konten der freien Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften zusammen, deren Einlagen jeder Zeit verfügbare sein müssen, so von den 80 Millionen und dann auch kurzfristig angelegt. Der Rest wird zum großen Teil aus der Sparkassenaktivität der Bank stammen. Es handelt sich hier um die Spargroschen qualifizierter Arbeiter und Angestellter. — Die Bank darf statutengemäß sich an Spekulationen nicht beteiligen, sondern ist verpflichtet, Kredite nur an gemeinnützige Institutionen (Banken, Genossenschaften usw.) zu geben.

Telephone Berlin-Buenos Aires

Die längste direkte Telefonverbindung besteht jetzt zwischen Berlin und Buenos Aires. Sie überbrückt eine Entfernung in der Lattitude von rund 12.000 Kilometern. Trotzdem ist die Deutlichkeit der Gespräche, wie allgemein verkehrt wird, ausgezeichnet. Man braucht angeblich nicht lauter als im Ortstelefon zu sprechen, wird aber ganz deutlich verstanden. Die Verbindung läuft drahtlos und wurde in den normalen Telephondienst eingestellt.

Die europäischen Eisenbahnen

Nach einer Ausstellung des „Economist“ hat die größte Schienendicke in Europa das kleine Belgien, das auf 100 Quadratkilometer seines Gebietes 35,5 Kilometer Schienenstränge vereinigt. Es folgen England mit 16, die Schweiz mit 14 Kilometer pro 100 Quadratkilometer. An vierter Stelle kommt Deutschland mit 12,3 Kilometer. Der europäische Durchschnitt beträgt 4,3 Kilometer auf 100 Quadratkilometer.

Die schwulen Verkehrssprobleme der Großstadt von heute

Eins der schwulen Verkehrssprobleme der Großstadt von heute bildet die schwulen Straßenbahnen. Ein gut geregeltes Verkehr dürfte dies Verkehrsmittel nicht wehr können. Aber die Einführung der schwulen Straßenbahnen durch Autobusse, Untergrundbahnen usw. ist nicht leicht durchführbar. London machte den Anfang, indem es wenigstens aus den Hauptstraßen der City die Schienen verbannte. Als erste Großstadt der Welt wird Wiesbaden am 1. April 1929 seine Straßenbahnen mehr verleihen lassen. Es erlebt sie ausschließlich durch Autobusse. Das hat seine enormen Vorteile in leichterer Beweglichkeit des Straßenverkehrs. Andererseits wirkt die Auspuffgase der Autobusse verrottend. Ideal wäre es, ein leicht bewegliches elektrisches Verkehrsmittel zu haben, das durch Beförderung vieler Personen billig arbeiten könnte. Das ist bisher noch nicht erfunden.

Der Vermutstropfen

"Ungemischte Freude ist eine seltene Sache. Auch in die Freude der Arbeiterschaft über den Aufstieg der Sozialdemokratie bei den Wählern fiel ein 'Vermutstropfen' das Anwachsen der Kommunistischen Partei."

So lautet die Einleitung eines Artikels des SPD-Vorstandes — Gewerkschaften und Wohlergebnis — den auch die Dresden Volkszeitung am Freitag dem 25. Mai zum Abdruck bringt. Es liegt recht verblüffend, was nach dem Wahlausgang der SPD-Vorstand zu dem Ergebnis der KPD zu sagen hat. Vor dem 20. Mai stand das ganz anders. Da schwelgten die SPD-Führer schon in Triumphen und sagten die Kommunisten zum sozialistischen Blaue tot. Sie selbst wußten zu genau, daß sie die Radikalisierung der Arbeiterschaft nicht aufhalten könnten, sowohl sie sich auch darum bemühen, sondern, daß im Gegenteil die Linksbewegung der Werktätigen durch ihre Politik gesättigt wird. Nur sie gilt es aber in dieser Linie, ihren Einfluss auszunützen, und zu diesem Zweck greifen sie zu den blödesten Mitteln. Wenn dann durch die Tatsachen das Gegenteil von dem bewiesen wird, was sie be-

haupten, so liegt Tatsat und ein gewisser Zögereinfall zu beobachten. In einzelnen Organisationen der Partei und den Gewerkschaften ist unfeiernd eine Aufrüstung der Energie notwendig."

Dann wird geweckt genau die gemeinsamen Massendemonstrationen, bei denen sich die soßen Kommunisten nicht beunruhigen, unter den verschwommenen Farben der Reformisten zu marschieren, sondern den Massen die revolutionären Lösungen bekanntmachen.

Der Hinweis auf die „Aufrüstung der Energie“ läßt allerlei erwarten. Ancheinend haben die örtlichen Gewerkschaftsleitungen nach der Meinung ihrer Oberhöfen im Vorstand den Kampf gegen die Gewerkschaftsopposition immer noch in Schwach geführt. Die rücksichtige Ausnutzung des gesamten Gewerkschaftsapparates im Interesse der SPD genügt diesen Herrschäften absolut noch nicht, und auch die bisherigen „Ergebnisse“ der Auschlussskampagne können sie noch nicht befriedigen.

Deswegen ist eine „Aufrüstung der Energie“ notwendig. Nun, das werden sich die „Klassenkämpfer“ in den Gewerkschaftsverdienststuhlen nicht zweimal lügen lassen, und im ganzen Reiche werden die kleinen Gemeinschaften in den Ortsverwaltungen die Ohren erfreut spüren. Denn werden sie noch nicht Mut bekommen, in den örtlichen Gewerkschaftsverbänden herumzutrompeln wie die Elefanten im Porzellankabinett.

Ancheinend müssen aber auch die Gewerkschaftsbürokratien einsehen, daß durch Auschlüsse und Maßregelungen der oppositionellen Gewerkschaftsjunkturen die Linksbewegung in der Arbeiterschaft nicht aufzuhalten ist. Deswegen sollen die gewerkschaftlichen Fragen in Zukunft mehr zur Diskussion gestellt werden.

Wortlich heißt es in dem Artikel:

„In der Kleinarbeit muß der Kampf gegen die Kommunisten in einer Linie auf der Plattform gewerkschaftlicher Verbänden ausgefochten werden, denn die Fragen, die den sozialdemokratischen und den kommunistischen Arbeiter gemeinsam beschäftigen und interessieren, sind vor allem gewerkschaftliche Probleme: Arbeitszeit, Lohn, Rundigungslohn, Arbeitslosenunterstützung, Betriebsvertretungen, Schließungsfragen usw. — alles Dinge, die eben, weil sie den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gleich stark angehen, in den Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD im Vordergrund stehen müssen und gerade im Interesse der Sozialdemokratie gar nicht genug diskutiert werden können. Je mehr Diskussion, desto mehr Auflösung, je mehr Auflösung, desto mehr verstaatlichte gewerkschaftliche Beurteilung der Dinge — und das ist unter Verbot. Die Diskussion über die gewerkschaftlichen Probleme muß in Zukunft mit doppelter und dreifacher Energie in den Versammlungen geführt werden. Wenn z. B. eine Lohnbewegung einen wenig erfreulichen Aussang nimmt, dann erst recht und dringend Diskussion und Auflösung! Man überläßt hier immer noch viel zu viel den Kommunisten das Feld. In Tugenden von Diskussionsabenden müssen die Kampftaktiken und die Diskussionsstrategie belebt werden.

Für solche Auflösungsarbeit sind natürlich viele junge Kräfte notwendig. Man braucht nur die jüngeren Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften an die Front zu holen. Es gibt Gott sei Dank noch genug Kraftnaturen, denen es Spaß macht, die viel verlauterte Arbeit der Gewerkschaften und Partei auch gegen eine zunächst vielleicht voreingenommene Versammlung zu verteidigen und zu rechtfertigen.“

„Je mehr Diskussion, desto mehr Auflösung — das sagen ausgerechnet diejenigen, die in den Gewerkschaftsversammlungen mit SPD-Reformisten jede Diskussion verhinderten und während der Wirtschaftskämpfe durch raffinierte Manöver einen ausgedehnten Meinungsaustausch unterdrückten. Die die Beitragsabgaben der Mitglieder für den Wahlkampf der SPD entnahmen und die Aufnahme oppositioneller Artikel in den von ihnen gegründeten Gewerkschaftszeitungen verweigerten.

Nun, wir sind wie immer bereit, ja, wir kämpfen schon seit Jahren darum, daß die gewerkschaftlichen Probleme der Arbeiterschaft in den Mitgliederversammlungen in ausgiebiger Diskussion behandelt werden. Die Oppo-

sition hat von einer offenen, faßlichen Aussetzungsrede nichts zu fürchten.

Aber das ist es nicht, woß die reaktionären Gewerkschaftsführer wollen. Ihre Geheimdiplomatie beruht doch nur darauf, daß sie bei offener Diskussion über ihre „ihre“ Tatsat, über ihre Niederlagestrategie in jeder Arbeiterversammlung ständig unter die Raden fahren. Wenn sie trotzdem jetzt demagogisch Diskussion durch „junge Kräfte“ und Kraftnaturen über die Bewegungen und Kämpfe anstreben, so ist ihr Ziel dabei, eine Anzahl junger, gedrillter Burschen, wie wir sie an der Spine der Arbeiterbewegung Jugend sehen, auf die Arbeiterschaft loszulassen.

Diese „Kraftnaturen“ werden, so heißt die oberste Bürokratie, noch zufriedenlos, noch verlogen und demagogisch den Kampf mit allen Mitteln, hauptsächlich organisatorischen (Ausstechen usw.) gegen die Opposition führen. Es ist der „Mut“ und die „Diskussionsmethode“ eines Rosse, was den oberen Reformisten vorziehen.

Beschärfung des Auschlus- und Spaltungstries. Das ist der Zweck und das Ziel des SPD-Artikels. Das ist die Politik der reformistischen Führer, die zur Durchführung ihrer Koalition mit dem Kapital den letzten Rest proletarischer Demokratie in den Gewerkschaften vernichten

Metallarbeiter!

Rüstet zur Verbandstagswahl!

„Kämpfen, denken sie nicht etwa daran, die Ursachen in ihrer arbeiterfeindlichen Politik zu suchen (sie dürfen das ja gar nicht, weil sie sich dann selbst entlarven würden), sondern verlügen das den Leuten der sozialdemokratischen Fraktion mit den unzähligen Argumenten zu erklären. Uns kann das nur recht sein. Dadurch wird die Aufrüstung der Arbeiterschaft wesentlich gefördert.“

Freudestrahlend stellten die Weißen vom Weltmarkt nach den Dezemberwahlen des Jahres 1921 fest:

„So hat sich das Bild geändert. Die Sozialdemokratie erscheint wieder als die Arbeiterspartei des hochindustriellen Deutschen Reichs. Die bolschewistische KPD hat aber die ihr längst vorgelegte Rückwärtsentwicklung zur Seite in beeindruckendstem Tempo angetreten.“

Es sind fürwahr schlechte Propheten, die Macht der alleinligemachenden SPD. Doch müssen sie wieder einmal das Unwissen der Kommunistischen Partei feststellen. Nun wird wieder der bekannte Kommu-ni-ti-ent-sch-e-d-aufnehmen. So schreiben sie also jetzt:

„Die verstärkte KPD wird in der Praxis wieder nichts anderes sein, als ein Alog am Bein der Sozialdemokraten.“

Nun werden die Arbeiter sicher das Grinseln bekommen. Diese Sozialdemokratie, die nach 1918 mit den Bürgerlichen gegen die Arbeiterschaft regierte, die in den letzten Jahren gegen den Bürgerkrieg eine launenstarre Opposition münzte, und allen, die Lage der arbeitenden Klasse nicht beachtenden Gelehrten ihre Zustimmung gab oder praktisch dabei mitwirkte, diese Sozialdemokratie wird jetzt also nur noch behindert in ihrer Wirklichkeit für die Arbeiterschaft durch die Kommunisten. Allerdings, und das werden die Werktätigen sehr gut begreifen, eine starke Kommunistische Partei bedeutet für die koalitionsmüde SPD eine unlösbare Kontrolle über ihre arbeiterfeindlichen Handlungen. Jetzt erst recht wird die KPD den Werktätigen die Zwiespältigkeit der reformistischen Politik und die Doppelgängigkeit der sozialdemokratischen Führer aufzeigen können.

„Was das Unwissen der KPD unvermeidlich?“ So fragen die bedoppten Zögnerher in dem Artikel weiter.

Die Antwort, die sich die Zögnerher selbst auf diese Frage geben, ist für alle Arbeiter, vor allem aber für die Gewerkschaftsjunkturen, in derartiger Hinsicht interessant. Sie lautet folgendermaßen:

„Es wäre vielerorts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken und auch in Berlin war seit langerer Zeit gegenüber den Kommunisten eine we-

lange Zeit nichts und vor allem in Berlin zu vermeiden gewesen, wenn man besser auf dem Damm gewesen wäre. Das ist auch die Auflösung der führenden gewerkschaftlichen Kreise. In manchen Städten und Bezirken

Arbeiterstimme aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz!

Den Mächtigen zum Trutz!

ausgegeben bei einer monatlich 2,50 M. Durch die Post bezogen 2,50 M. ohne
Zeilengeld. Verlag Dresdner Verlagsgesellschaft Dresden-Blasewitz 2. Güter-
bahnhofstrasse Nr. 2. Steinbrecher Nr. 17339. Postdirektion Dresden Nr. 1509.

Sonnabendausgabe der Arbeiterstimme
★ für die Oberlausitz ★

Unterzeichnete Die gezeichnete Namenszeile ist über dem Raum 0,30 M. Postzettel
gegen 1,50 M. die Zuschlagssumme erheblich verhältnis. In jedem höheren Gebiet
beträgt das Umlauf auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspunktes

4. Jahrgang

Bautzen, den 2. Juni 1928

Nummer 127

Arbeiterdemonstrationen trotz Verbot!

Zhölmann spricht in Hamburg / Kommunistische Massenfandgebungen / Sozialdemokratische Schutzmaßnahmen für den Stahlhelm / Verbot einer Arbeitersportveranstaltung durch SPD-Schönsfelder

Vor einem Schreckensurteil im italienischen Kommunistenprozeß Sozialdemokratischer Faschismus in Hamburg

Hamburg, 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Der sozialdemokratische Polizeisekretär Schönsfelder lieg in Hamburg gestern Flugblätter gegen den Stahlhelmaufmarsch beklagt und die Arbeiter, die diese Flugblätter verteilen, verhaftet. Ein großes Kommando Kieler Schuppolei ist eingetroffen, ferner drei Autos kriegsmäßig ausgerüstete Reichswehr, die in der Hamburger Polizeiabteilung eingetroffen wurde. Der Polizeisekretär Schönsfelder verbot auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung dem Arbeiter-Turn-Verein 1907 einen Städtetaufzug für Sonntag. Auch anderen proletarischen Vereinen, die am Sonntag Ausschlüsse veranstalten wollten, wurde ein Verbot zugestellt. Der Koalitionssekretär Schönsfelder übertrifft jeden deutschnationalen Schönsfelder. Er will am Sonntag nirgend die Arbeiter unter freiem Himmel zusammenkommen lassen.

Die Stimmung der Hamburger Arbeiterschaft ist abwehrentschlossen. Die Betriebe sind empört über das Verbot der KPD. Die Zinnwerke Wilhelmsburg fordern in einer Resolution, daß die SPD und der ADGB gemeinsam mit der KPD in einer Abwehrdemonstration am Sonnabend austreten soll. Die Belegschaft des Betriebes Grün u. Blücher, Waltershausen, fordert ebenfalls ADGB, SPD und KPD auf, daß alle zu Gebote stehenden Mittel angewendet werden, um ein Verbot der hiesigen Arbeitersportveranstaltung des Stahlhelms zu erreichen, ferner, daß die gesamte Hamburger Arbeiterschaft zu einer Gegendemonstration ausrufen wird.

Und dennoch kommunistische Demonstration

Hamburg, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung)

Auf Grund des Demonstrationsverbots des sozialdemokratischen Polizeisekretärs Schönsfelder fand gestern abend eine große öffentliche Protestversammlung, einberufen von der KPD und dem ADGB in Hamburg statt. Der Saal der „Roten Freiheit“ war völlig überfüllt. Die Aufführungen des Reiterlichen Genossen Thölmann als Vertreter KPD und Genosse Andree als Vertreter des ADGB fanden breiteste Zustimmung. Genosse Thölmann brandmarkte Schönsfelder die Anordnungen der sozialdemokratischen Polizeileitung, die in verschiedenen Straßen den Verkehr am Sonntag auf 24 Stunden sperren, um dem Stahlhelm freie Fahrt zu schaffen. Den Schlug der Versammlung bildete ein spontaner gewaltiger Demonstrationszug, gegen den die Polizei nicht vorzugehen wagte. Der Demonstrationszug bewegte sich bis zur Reeperbahn.

Der Stahlhelm veranstaltete bei Sogebiel eine Versammlung, in der Seldte und Düsterberg sprachen. Der Saal war nur halb gefüllt. Die Aufführungen Seldtes waren außerordentlich gedrückt. Der 2. Vorsitzende des Stahlhelms, Düsterberg, erklärte v. a. der Ausgang der Wahlen sei nicht maßgeblich. Die Stahlhelmer müssten bereit sein zu außerparlamentarischen Entscheidungen.

Gegendemonstrationen in Mannheim und Dresden

Sozialdemokratische Polizeibeamten wüteten gegen Arbeiter

Mannheim, 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Bei der Abfahrt zum Stahlhelmaufmarsch in Hamburg fand es gestern abend in Mannheim zu schweren Zusammenstößen. Obwohl der Stahlhelm die Abfahrtzeit nicht bekanntgegeben hatte, sammelten sich mehrere hundert Arbeiter und begleiteten den Stahlhelmaufmarsch, die Internationale singend und mit Drachensymbolen, die Arbeitermörder, Streikbrecher und gegen den Faschismus und mit Hochrufen auf die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund. Am Bahnhofplatz stand ein großes Polizei- und Zivilpolizei-Bataillon wie wild mit Gummiträppeln und die Kriminalbeamten mit Spazierstäben auf die demokratischen Arbeiter ein. 5 Arbeiter wurden verhaftet und eine große Auseinandersetzung entstand.

Die Erregung über die Provokation der Remmels-Polizei ist sehr groß. Der Sozialdemokrat Remmels hat mit dieser Provokation den Mannheimer Arbeitern gezeigt, daß er sich würdig an die Seite seiner Parteigenossen Schönsfelder in Hamburg und Jörgesiel in Berlin stellt.

Dresden, 2. Juni.

Gestern abend kam es vor dem Stahlhelmaufmarsch in der Grünen Straße und in der Nähe des Hauptbahnhofs zu Auseinandersetzungen zwischen Stahlhelmlern und Arbeitern, wobei die Stahlhelmler einen Vorwurf machten, daß die Polizei durch die Hamburger Arbeiter zu spuren bekamen. Als Polizei erschien, hatten die Schwarz-Weiß-roten Frontsoldaten bereits die Brücke

Jörgesiel wollte das Rot-Front-Treffen verbieten!

Das Berliner Tageblatt macht in seiner geistigen Abendausgabe eine Enttäuschung, die die Arbeiterschaftlichkeit des Politiksozialisten Jörgesiel im schärfsten Lichte zeigt. Das Berliner Tageblatt meldet:

„Wie wir jetzt erfahren, hat der Polizeipräsident Jörgesiel gleich nach dem blutigen Zusammentreffen ein Bericht des Roten Frontkämpfertages erlassen wollen, mußte (?) aber schließlich davon Abstand nehmen, da der größte Teil der auswärtigen Demonstranten bereits in Berlin war und erst mit den am zweiten Bluttagfeiertag eingesetzten Sondertruppen nach den Heimatorten zurückbefördert werden konnte. Allein dieser Umstand und die Rüte der Zeit der Bekanntmachung haben dazu beigebracht, daß es nicht zu einem Verbot der Veranstaltung (?) kam.“

Was lagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser Enttäuschung? Wie glauben sie dies mit dem Schutz des Stahlhelmaufmarsches in Parallelzonen zu tun? Wie lang wird es noch dauern, bis sie begreifen, daß die Kommunisten nicht aus engstirnigem Parteihoch, sondern aus der klaren Erfahrung heraus die sozialdemokratischen Führer als Handlanger des Faschismus bezeichnen?

Noch ein Protestor des Stahlhelms

Der Reichspräsident

Berlin, den 2. Juni 1928

Den alten Kriegsgefährten, die sich zum Neunten Reichsfrontsoldatentag in Hamburg zusammengefunden haben, sende ich meine herzlichsten kameradschaftlichen Grüße. Möge diese Zusammenkunft nicht nur den Geist der Kameradschaft in ihren eigenen Reihen stärken, sondern auch dazu mithelfen, den Gedanken einer wahren Volksgemeinschaft und brüderlichen Zusammenhalts aller Schichten unseres Volkes zu vertiefen und zu verbreiten.

von Hindenburg

An den

Stahlhelm und der Frontsoldaten,
Magdeburg.

Gleiche Brüder — ungleiche Kappen

Zur Einheitsfront von Schwarzweißrot und Schwarzrotgold beim Hamburger Stahlhelmtag

In der Arbeiterstadt Hamburg marschiert unter dem Schutz des Schwarzweißroten Koalitionsrats heute der Stahlhelm auf. Die Abwehrkundgebungen der Arbeiter sind verboten. Unter dem Schutz der vom Sozialdemokraten Schönsfelder geleiteten Polizei werden sich die Bataillone der starken Kriegs- und Bürgerkriegsreserve des deutschen Imperialismus, werden sich die Streitkriegergarden der Großkapitalisten und der Unternehmer flatternden Schwarzweißroten Fahnen durch die Arbeiterviertel der Stadt ziehen, die noch am 20. Mai bei der Wahl über 400 000 rote Stimmen und kaum 200 000 für den Stahlhelmpartei aufgebracht hat. Niemals seit Jahren war Hamburg weniger Stahlhelmfreudlich als jetzt. Obriggleich auch in Hamburg die Übermacht des burgherlichen Verdummungsapparates, die Übermacht der Preise der Fleischware und Wurstbarone, der bürgerliche Schul- und Erziehungsapparat, die berüchtigte Senatspolizeimacht den Willen der großen Hamburger Arbeiterschaft verfälschten und bei der bürgerlich-demokratischen Abstimmung zu den Wahlen ein Abstimmungsbündnis hervorrief, das bei weitem nicht die wahre Meinung der Hamburger Arbeiter wieder gibt, der Klassenapparat der Bourgeoisie konnte nicht verhindern, daß schon jetzt eine Zweidrittelmehrheit von Rothen, von sozialdemokratischen und kommunistischen Wählern, justierte som, daß die Stahlhelmsfreunde wiederum 40 000 Stimmen verloren und die Stahlhelmgegner in 120 000 Stimmen neu gewonnen.

Gerade deshalb aber wird der Stahlhelm nach Hamburg geworfen und der demokratische Oberbürgermeister Petersen, der aufrechte Republikaner Petersen, der Koalitionsbruder der KPD, empfängt den obersten Stahlhelmbaum, den Schnapsbrunnen, mit allen städtischen Ehren. In einer Sonderbesprechung sind die Hamburger Großkapitalisten zu Herrn Petersens BanditenGeneralstab geladen, wo ihnen klar gemacht werden soll, warum es ihre heilige Pflicht sei, die Gedächte für die nationale Freiheitsarmee zu öffnen. Das Bild links-republikanischer Wirklichkeit wäre nicht vollständig, wenn nicht beigegeben,

gleichzeitig die sozialdemokratische Presse am Vorabend des nun ihrer Partei verschuldeten Stahlhelmaufmarsches sich in unüberbietbare Höhe gegen die Kommunisten austobte.

Die Hamburger Volkszeitung vom 31. Mai schreibt gegen die „verbrecherliche“ Politik der KPD, die die Hamburger Arbeiterschaft nicht mitmachen könne und dürfe, drückt ihr Bedauern aus, daß um hier und da Arbeiterschaften von der KPD haben verleiten lassen, für eine Protestdemonstration gegen den Stahlhelm einzutreten, daß also die Hamburger Arbeiter gegen die Sadisten der Gewerkschaften gemeinsam mit der KPD trock aller Verbote sich zur Abwehr anschließen und sie kommt zum Schluss: „So dienst also die KPD wieder einmal dem gefährlichsten Feind der Arbeiterschaft, den Schwarzweißroten Wehrverbänden“.

Wenn Schwarzrotgold den Stahlhelm nach Hamburg läßt, ihm Schutz und Schirm gewährt, Arbeitergegenkundgebungen mit Staatsgewalt zu verhindern sucht, und die Führer der Abwehrfront, die Kommunisten, auf das müsenste angreift, — so soll das Kampf gegen den Stahlhelm, „dolche Arbeiterpolitik“ sein.

Wenn die Kommunisten die Lösung ausgeben: gemeinsame Gegenkundgebung, Streik, kein Obdach, kein Schlaf, Wasser für die Arbeitermörder, — so ist das nach SPD-Propaganda:

„Dient für die Schwarzweißroten Wehrverbände“.

Ist es nötig, dieses schändliche Manöver noch tiefer zu hämmern? Die Arbeiter verabscheuen die Rolle der Hamburger Sozialdemokratie, wie sie in Berlin die Rolle Jörgesiel verstanden. Aber nicht alle Arbeiter begreifen klar genug den tieferen Sinn der Einheitsfront von Schwarzrotgold und Schwarzweißrot.

Was in Hamburg non der neuesten Phase dieser Einheitsfront demonstriert wird, ist nur der vorläufige legitime Akt des gemeinsamen Spiels der Schwarzweißroten und Schwarzrotgoldenen Gegenrevolution.

Diese Einheitsfront hat den bürgerlichen Staat gerettet und den imperialistischen Wiederaufbau überhaupt erst ermöglicht.

Sachsen und das Wahlergebnis vom 20. Mai

Von Paul Böttcher

Das Ergebnis der Maiwahlen hat für die sozialdemokratische Bevölkerung seine bedeutsame Bedeutung. Sachsen ist das dicht-industrielle Industriegebiet Deutschlands. Der Wahlauftakt in Sachsen ist deshalb immer ein vorläufiger Maßstab für die Kästnerverhältnisse vor Allem. Aber nicht nur das. Neben der Möglichkeit der Fortentwicklung der Klassenfrüche gilt das Wahlresultat einen interessanten Einblick in die politischen Umgruppierungen innerhalb der Alten. Dasselbe muss jedoch seitens einer der vornehmesten der relativen Wert der Parlamentswahlen für die Einrichtung der Klassenfrüche bestimmt werden.

Die industrielle Struktur des Landes ist die Urtypus, das bereits vor dem Kriege Sachsen das „rote Königreich“ genannt wurde. Es sei daran erinnert, dass bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 bereits 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie entfielen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am Anfang 1919 steigerte sich dieser Prozentsatz bis auf 60 Prozent. Durch die Spaltungspolitik der SPD und die damit verbundene Spaltung innerhalb der SPD wurde noch 1920 die parlamentarische Bewertungsziffer unter 50 Prozent zu ungünstigen der Proletariats herabgedrückt. Die Reichstagswahlen im Mai 1928 zeigen zum ersten Male wieder einen Aufschwung der parlamentarischen Stimmziffer auf über 50 Prozent zugunsten der Arbeiterschaft. In diesem Ergebnis sind jene Stimmen nicht einzubeziehen, die die USPD und die linken Kommunisten erhalten. Der Stimmenzuwachs für die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratie kommt aus dem proletarischen Kästnervermögen, das bisher entweder bürgerlich oder überhaupt nicht wählt. Zum größten Teil handelt es sich dabei jedoch um Wähler, die bereits früher einmal ihre Stimme für eine der beiden Parteien abgegeben hatten. Wähler, die ihrer sozialen Herkunft nach proletarisch sind. Aus dem kleinbürgerlichen Lager sollte bei den Maiwahlen die Sozialdemokratische Partei den zentralen Justiz zu buchen. Es sei darauf verwiesen, dass die Lutwitzpartei und die Wirtschaftspartei bei den diesjährigen Wahlen einen Rückgang ihrer Stimmen zu verzeichnen haben. Da aber gleichzeitig auch die Deutschnationalen Stimmenzuwuchs buchen müssen, kann man nicht davon sprechen, dass die kleinbürgerlichen Wähler, die sich bei früheren Wahlen von den Deutschnationalen loslösen und entweder Wirtschaftspartei oder Lutwitzpartei wählen, wieder zur Deutschnationalen Partei zurückgetreten sind. Vielmehr muss man die Abwanderung dieser Wähler in das proletarische Lager annehmen. Es ist dabei festzustellen, dass diese Wähler aus ihrem March nach links wandten, da der Sozialdemokratie hinzugemacht haben.

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Nationalversammlungswahlen im Jahre 1919 60 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokratie brachten und dass im Mai 1928 Kommunisten und Sozialdemokratie gemeinsam nur 55 Prozent der gesamten Stimmen erhalten. Andererseits darf die Bewertung der Zahlen nicht außer acht gelassen werden, da wir uns gegenüber der revolutionären Situation im Januar 1919 heute in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus befinden.

Gegen das Monopol der sozialdemokratischen Führung

Das Wahlresultat lehrt uns neben der allgemeinen Verschärfung der Klassenfrüche vor allem auch die politische Umgruppierung innerhalb der einzelnen Klassen. Für die Politik der Kommunisten ist immer wieder von entscheidender Bedeutung die Entwicklung dieses Umgruppierungsprozesses. Die revolutionäre Vorhut des Proletariats kann an den Ergebnissen prüfen, ob sie die Bindung mit dem Groß der Arbeiterklasse verstetigt oder ob im Verlauf der Kämpfe durch eine falsche Taktik eine Abrechnung vom Groß vor sich gegangen ist. Diese Verteilung steht bei den Dezemberwahlen 1924 sichtbar zum Ausdruck. Eine wichtige Zeiche des letzten Wahlauftaktes ist die Stetigkeit der Entwicklung unseres Einflusses unter den Mäzen. Bei der Bewertung des Ausfalls der Landtagswahl vom 11. Oktober 1926 sprach ich am 10. November 1926 in der „Internationale“:

„Jeder ernste Politiker versteht, dass der Wahlsieg der KPD ein Konjunkturzeg ist. In den Jahren 1921/22 verkündete der „Borsig“ täglich das „Inflationskonzert“ KPD. Hätten die sozialdemokratischen Führer den Marxismus nicht absolut preisgegeben, dann würden sie wissen, dass breite Massenbewegungen nicht das Werk einiger „Helden“ sein können. Die kommunistische Bewegung ist herausgewachsen aus den allgemeinen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Zuständen. Das Argument der Kleinbürger und Polizeiwachmeister, die KPD nütze die Masse der Massen aus, um dieselben gegen den Staat aufzutreiben, normt noch nicht einmal eine zulässige Erklärungsfazilität zu geben, worum die Massen zur KPD kommen. Die kommunistische Bewegung entspringt und entspricht den ökonomischen Zensuren innerhalb der ausgebeuteten Klasse. Es ist eine kurzzeitige, törichte und unmögliche Auslastung kleinbürgerlicher Politikanten, die den Arbeitern glauben mögen, die KPD habe nur von dem durch die besondere Stellung des deutschen Kapitals bedingten Massenleid und mache sich von Zeit zu Zeit zum Terror der sozialdemokratischen Führer. Das ist ja eben das Charakteristische der gegenwärtigen Epoche, dass die Produktionsverhältnisse in viel höherem Maße als je zuvor mit den sozialpolitischen Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in unlösbarem Widerstreit befinden. Die Dauerkrise der kapitalistischen Wirtschaft stößt immer neue Kreise ins Leben, lädt vorübergehend Arbeitsträger durch den Produktionsprozess ausfließen, um sie nach kurzem wieder auszufüllen. Dieser Kreislauf wiederholt sich auf immer höherer Stufenleiter. Daneben besteht als Dauerzustand die Massenarbeitlosigkeit. Kapitalismus und Massenleid sind heute mehr denn je unsterblich miteinander verbunden. Der Normalzustand des Kommunismus in der Periode der relativen Stabilisierung erscheint also aus der Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Lebensbedürfnisse der breiten Massen zu befriedigen, ihnen Arbeit und Brod zu geben.“

So wenig der Wahlsieg der KPD im Oktober 1926 ein Konjunkturzeg war, so wenig ist der Wahlsieg im Mai 1928 ein Konjunkturzeg. Seit der Revolution erleben wir täglich die Prophesie der sozialdemokratischen Führer, dass mit der Stabilisierung der Wirtschaft auch der soziale Boden für die Erfolge der KPD verschwinden müsse. Das war 1919/22 der Fall, das war 1923/24 der Fall. Seit 1924 leben wir in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Der hundertfach verduschte Zusammenbruch der KPD ist nicht eingetreten. Die sozialdemokratischen Führer müssen nach neuen Argumenten suchen, um die Erfolge der kommunistischen Partei in ihrem Sinne zu erklären. Vergebliche Mühe. Die kapitalistische Auslastung, die relative Verelastigkeit der breiten Massen, Massenarbeitslosigkeit und Kriegsgefahr werden durch relative Stabilisierung des Kapitalismus nicht beseitigt. Im Gegenteil. Die Kästnerverhältnisse spinnen sich zu. Damit sind auch die sozialen Voraussetzungen für den Aufstieg der kommunistischen Bewegung in Deutschland bestätigt.

Die bürgerliche Presse sieht in der Betrachtung des Wahlresultates seit, dass es den sozialdemokratischen Führern nicht gelungen ist, die weitere Radikalisierung der Massen zu verhindern oder auch nur aufzuhalten. Die Bourgeoisie schlägt die Lage durchaus richtig ein. Sie erkennt, dass bei einem weiteren Anhalten dieser Entwicklung binnen kurzem das Monopol der sozialdemokratischen Führung innerhalb des Proletariats gebrochen sein wird und die sozialdemokratischen Führer in die Minorität gedrangt werden. Die ländlichen Landtagswahlen vom Oktober 1926 waren bereits ein entscheidender Stoß gegen das Monopol der sozialdemokratischen Führung. Wie konnten damals schon feststellen, dass in den proletarischen Stimmbezirken der Industriezentren die Zahl der abgegebenen kommunistischen Stimmen genau so hoch wie die der sozialdemokratischen Stimmen war. Darüber hinaus hat die KPD in einer Reihe wichtiger Industrieorte die Mehrheit gegenüber der SPD. Das bedeutete, dass im Industrieintern des Proletariats das Führer-Monopol der SPD bereits gebrochen war.

Wenn wir uns den Gesamtverlauf der Wahlkurve betrachten, dann sehen wir, dass diese Entwicklung anhält. Daran ändert auch nicht die Tatsache, dass die Sozialdemokratie in Sachsen prozentual einen Gewinn aufweist, als die Kommunistische Partei. Man muss hier berücksichtigen, dass erstens weit über die Hälfte der USPD-Wähler zur SPD zurückgeschlagen sind, zweitens — wie oben bereits angegeben — aus kleinbürgerlichen Schichten neue Wähler der SPD austreten, und drittens die Gewerkschaften zum ehemaligen bei Wahlen ihre Organisationen und Preise rechts zur Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten einsetzen. Die Festigung der Basis der Kommunistischen Partei im Industrieproletariat wird durch das Wahlergebnis erhärtet. Allerdings ist es der Partei noch nicht gelungen, in Sachsen die Stimmzahl der SPD einzuholen, so wie es in Groß-Berlin erreicht wurde. Das ist möglich, wenn es weiterhin solche Ergebnisse aus proletarischen Stimmbezirken und Arbeiter-Wohnungsgemeinden. Ein solcher Vergleich führt zu dem Resultat, dass der Einfluss der Kommunisten noch stark spürbar die Züge aufweist. Dieses Ergebnis weist uns gleichzeitig auch den Weg zur Aenderung dieses Misverhältnisses und zur Erzielung einer Gleichmäßigkeit der Entwicklung in den verschiedenen Bezirken.

Lehrreiche Einzelergebnisse

Sehen wir uns die einzelnen Resultate etwas näher an. Am 20. Mai wurden in den drei ländlichen Wahlkreisen 2731 271 Stimmen abgegeben. Von dieser Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entfallen auf die KPD 14 Prozent (14,5 Prozent), ausschließlich links Kommunisten. Die SPD vereinigt auf sich 36,57 Prozent (32,14) der abgegebenen Stimmen. Die USPD entwickelte sich rückwärts von 1,19 Prozent im Jahre 1926 auf 1,27 Prozent bei den Maiwahlen 1928. Neben diesem Gesamtergebnis bietet die Ergebnisse der verschiedenen ländlichen Städte sehr interessante Vergleichszahlen. Wir wählen in der nachfolgenden Darstellung eine Reihe Orte, die in der Parteiarbeit als Stützpunkte für die kommunistische Agitation in Frage kommen. Die Auswahl richtet sich also nicht nach dem Geschlechtsanteil des günstigen Ergebnisses. Wollte man diesen Geschlechtsanteil herausziehen, so würde man noch weit bessere Zahlenverhältnisse im Vergleich zur SPD gewinnen. Es kommt mit hier aber darauf an, nicht bestimmte Spitzenergebnisse aufzuzeigen, sondern Ergebnisse, die Beispiele für die Durchschnittsentwicklung sind. Dabei sei gleich von vornherein darauf hingewiesen, dass diese Beispiele aus den einzelnen Orten nicht den ganzen Wahlkreis oder die Orte einschließlich der ländlichen Bezirke betreffen, sondern dass die Feststellungen sich nur auf die in den Städten abgegebenen Stimmen beziehen.

Leipzig: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 306 243. Hierzu entfallen auf die KPD 17,56 Prozent, auf die SPD 38,61 Prozent (USPD 1,01 Prozent!), KPD und SPD zusammen 58,17 Prozent.

Dresden: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 264 98. Hierzu entfallen auf die KPD 11,68 Prozent, auf die SPD 39,15 Prozent (USPD 2,19 Prozent), KPD und SPD zusammen 51,13 Prozent.

Cöthen: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 174 555. Hierzu entfallen auf die KPD 21,18 Prozent, auf die SPD 22,68 Prozent (USPD 1,47 Prozent), KPD und SPD zusammen 33,21 Prozent.

Aue: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 11 572. Hierzu entfallen auf die KPD 18,58 Prozent, auf die SPD 29,45 Prozent (USPD 0,45 Prozent), KPD und SPD zusammen 48,02 Prozent.

Schwarzenberg: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 55 153. Hierzu entfallen auf die KPD 20,84 Prozent, auf die SPD 18,78 Prozent (USPD 0,6 Prozent), KPD und SPD zusammen 39,58 Prozent.

Jülich: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 41 409. Hierzu entfallen auf die KPD 12 Prozent, auf die SPD 37,05 Prozent (USPD 1,05 Prozent), KPD und SPD zusammen 50,05 Prozent.

Blauen: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 59 430. Hierzu entfallen auf die KPD 17,59 Prozent, auf die SPD 24,21 Prozent (USPD 1,5 Prozent), KPD und SPD zusammen 41,50 Prozent.

Reichenbach i. V.: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 14 439. Hierzu entfallen auf die KPD 16,72 Prozent, auf die SPD 40,27 Prozent (USPD 0,79 Prozent), KPD und SPD zusammen 56,99 Prozent.

Erimmischau: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 16 204. Hierzu entfallen auf die KPD 8,12 Prozent, auf die SPD 14,93 Prozent (USPD 0,88 Prozent), KPD und SPD zusammen 53,12 Prozent.

Bauken: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 14 880. Hierzu entfallen auf die KPD 8,33 Prozent, auf die SPD 31,16 Prozent (USPD 2,7 Prozent), KPD und SPD zusammen 39,49 Prozent.

Kreis: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 14 880.

Hierzu entfallen auf die KPD 13,51 Prozent, auf die SPD 13,11 Prozent (USPD 1,15 Prozent), KPD und SPD zusammen 58,65 Prozent.

Zittau: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 19 477.

Hierzu entfallen auf die KPD 5,81 Prozent, auf die SPD 31,86 Prozent (USPD 1,10 Prozent), KPD und SPD zusammen 40,21 Prozent.

Für die Parteiarbeit lassen sich aus dieser Gegenüberstellung allerlei interessante Schlüsse ziehen. Vor allem lehnen die Wahlen eins: Je stärker die Partei in den Gewerkschaften und Betrieben vertreten ist, um so größer sind auch die Wahlerfolge. Noch ein weiteres Moment ist von Wichtigkeit, nämlich die Abstimmung der marktlichen Frauen. Nach der Revolution bildeten die Frauen einen wesentlichen Kontingenzen der bürgerlichen Wähler. Dieser Zustand hat sich seit langem im Laufe der Jahre ein wenig verändert. Auch vielen Mitteilungen ist es jedoch tatsächlich, dass die große Zahl der Frauenstimmen bei den diesjährigen Wahlen im wesentlichen der SPD zugute gekommen sind. Wer sich das Grimmitzheimer Resultat mit seiner harten Tagesschreiberinnen-Bekämpfung anschaut, wird die Behauptung bestätigen. Außerdem werden wir in dieser Frage noch allerdings interessante Ausschlüsse erhalten, wenn die Ergebnisse der nach Geschlechtern getrennt durchgeführten Wahlen veröffentlicht werden. Weiter erhält aus der Zusammenstellung, dass auch die SPD im Industriekonkurrenz noch sehr verwurzelt ist. Es wäre deshalb verhängnisvoll, anzunehmen, dass die Wählerschaft der Sozialdemokratie sich lediglich aus kleinbürgerlichen Schichten zusammensetzt. Verstärkung der Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben, noch größere Aktivität in den Massenorganisationen und Verbesserung unserer Arbeit auf dem Lande, das sind die Hauptziele des Wahlergebnisses in Sachsen. (Fortschreibung folgt.)

Der Ghachty-Prozeß

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Moskau, den 30. Mai 1928.

In der heutigen Verhandlung des Ghachty-Prozesses wurden weitere Zeugen vernommen. Der Bergarbeiter Kulikow bestätigte, dass sich in einem Schacht durch das Verhüten des Angeklagten Walljew ein Unglücksfall ereignete, wobei 50 Arbeiter ertranken und einer von ihnen den Erstickungsstod fand. Sodann wurde der Angeklagte Belenko verhört. Er bestreitet die Richtigkeit der ihn betreffenden Anklagepunkte und beteuert mit falschem Pallos keine Unschuld: „Ich erkläre категорisch, dass ich niemals Sabotageakte verübt habe, niemals ein Feind der Arbeiterklasse war. Ich mache die Angeklagte Kalganow und Sabenko daraus aufmerksam, dass sie durch ihre Verhüdungen unehrenhaften Techniken ein neues konterrevolutionäre Verbrechen begehen, indem sie die Sowjetmacht loyaler Fachkräfte beraubten.“

Man wundert sich über die Geduld des Gerichtes, das es sich diesen Gipfelpunkt von Unverhämlichkeit nicht gefallen lässt. Denn im weiteren Verlaufe des Verhörs ergibt sich, dass Belenko eines der feigsten und verlogensten Mitglieder der Ghachtywerke war. Wie sich aus den verlesenen Akten heraushält, wurde dieser „ionale“ Mitarbeiter der Sowjetmacht vor Jahren zweimal verhaftet. Das erstmal unter der Verdächtigung einer Nachlässigkeit den Tod eines Arbeiters verursacht zu haben. Nach dreiwöchiger Haft wurde er entlassen, aber einige Monate später auf die Anzeige von sechs Arbeitern hin, die ihn der Sabotage bezichtigen, wieder verhaftet. Während der Unterforschung gestand er, dass er Mitglied der konterrevolutionären Organisation war, dass die Verhöre, darunter Emilian Kolodub, drei besonders erträgliche Gruben nicht ausdeuten ließen, um die Sowjetwirtschaft zu schwächen. Während der Unterforschung änderte Belenko funktional seine Aussagen.

Ein Gerichtsmitglied fragt ihn: „Wie ist es zu erklären, dass Sie Ihre Aussagen fünfmal widerrufen bzw. wiederholen; hat Sie vielleicht jemand bedroht?“

Belenko: „Nein, niemand.“

Bergarbeiter: „Hat man Sie vielleicht gefoltert?“

Belenko: „Nein, niemand.“

Bergarbeiter: „Hat man Ihnen vielleicht Angst eingebläut, indem man von einer zu erwartenden Todesstrafe sprach?“

Belenko: „Nein.“

Bergarbeiter: „Wurden Sie vielleicht von den Untersuchungsorganen mishandelt?“

Belenko: „Nein, keineswegs.“

Bergarbeiter: „Wurden Sie vielleicht von der GPU zu Aussagen gezwungen?“

Belenko: „Nein, ich erkläre, dass niemand mich bedroht oder mishandelt hat.“

Als ein Mitglied des Gerichts den Angeklagten daran erinnert, dass er keine legitimen Aussagen mit der Begründung widerrief, dass er sie unter dem Druck von Drohungen gemacht habe,

sagt Belenko: „Unter Drohungen verstand ich meine Beklaffung durch die Blierhaften.“

Durch das geschickte Kreuzverhör wird Belenko, der auch jetzt keine Auslagen in der Unterforschung widerruft, bewiesen, dass er in einer Ecke getrieben, dass er schließlich folgende Tatsachen gestellt: Er habe im Dynamitlager die Anordnung und in verschiedenen Schachten die irrationale Arbeit bemerkte, seine Arbeitnahmen jedoch den ständigen Stellen nicht mitgeteilt; ertragliche Gruben wurden mit Wissen des Angeklagten Emilian Kolodub nicht ausgebeutet. Er leugnet jedoch, dass er gewusst hätte, dass die Sabotageantikörper mit seiner Tätigkeit beauftragt waren.

In der Abendverhandlung wurde das Verhör Belenkos fortgesetzt. Durch sein Verhör verstärkten sich die gegen ihn bestehenden Belastungsmomente. Die Zeugen erklärten, dass er ein bewusster Konterrevolutionär war. Der Zeuge Antonow bestätigte: Er habe durch seine Jahrtausendlängen einen Unglücksfall verursacht, dem der Arbeiter Kulikow zum Opfer fiel.

Hierzu wurde der Angeklagte Ingenieur Antonow vorherrschen. Er leugnet jede Beteiligung an der konterrevolutionären Verschwörung und behauptet, dass er nichts vom Bestehen einer konterrevolutionären Organisation gewusst, kein Geld von einer solchen Organisation erhalten hätte.

Darauf hin wurden ihm drei Zeugenaussagen vorgelegt, darunter eine Erklärung des Vorständen der Gewerkschaftsorganisation des Ghachty-Bergbezirk Guichtschin. In diesen Erklärungen wird mitgeteilt, dass Antonow durch seine falschen Aussagen die richtige Ausbeutung eines Schachtes unmöglich gemacht hat, weshalb in diesem Schacht die Arbeit nicht fortgesetzt wurde.

Kulikow: „Entsprechen diese Aussagen den Tatsachen?“

Antonow (noch langsam Zögern): „Nein.“

Belenko: „Also die drei Zeugen, die übereinstimmend aussagen, lügen.“

Antonow: „Ihre Aussagen sind unrichtig, für die unterschiedlichen Direktoren sind meine Vorgesetzten und mein Nachfolger verantwortlich, nicht aber ich.“

Kulikow: „Sie waren Bergwirtschafter, Sie hatten die Kontrolle des Schachtes, wo Kalganow arbeitete, Ihnen bestimmt Sie nicht die Sabotageakte, die einem Fachmann unbedingt aufzufallen müssten?“

Antonow gibt eine verlegene Antwort und lacht die unwirschame Kontrolle durch Blangai an Bergbau zu entkräften.

Kulikow stellt mit, dass der Verdacht aufgelaucht ist. Antonow ist bereits 1920 wegen konterrevolutionärer Umtriebe verurteilt, jedoch 1922 amnestiert. Antonow heißt dies in Krieg und Spricht von einer Romendermischung. Die von der Staatsanwaltschaft diesbezüglichen Akten werden über den Fall Klarheit schaffen.

Wirtschaftskämpfe und 3215

(Schluß)

Ähnliche Aktionen sind noch von den verschiedenen Ortsgruppen innerhalb Sachsen durchgeführt worden. Es wäre zu viel, hier alle Orte aufzuzählen, wir wollen nur erwähnen, daß außer den oben angeführten noch ca. 280 Lebensmittelgeschäfte zur Beteiligung gelangt sind.

Gesamtaufstellung der von der JAH Bedachten.

8111 Chemnitz
125 Überlungwitz
650 Dresden
275 Heidenau
125 Zugau
75 Mittweida
4100 Limbach und Umgebung
518 Einsiedel
50 Döbeln
250 Siegmar
75 Halsenau
230 verschiedene kleinere Orte

14582

Außerdem wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß eine Massetier in Chemnitz den Haushalt der Hilfsskommission der JAH für Schabert u. Säuer, Chemnitz

2500 Liter Milch

freiwillig zur Verfügung gestellt hat, besagte eine Kölnerin in Mittweida 100 Liter. Diese Milch wurde an besonders kinderreiche Familien abgegeben.

Kinderfreitische.

Insgesamt sind während des Streites in den verschiedenen Orten an 325 Kinder freitische vermittelt worden. Auch hier müssen wir feststellen, daß besonders kleinere Geschäftsstellen in den verschiedenen Orten die Kinder gut und reichlich versorgt haben.

Kindertransporte

Nachdem der Kampf etwa 3 Wochen dauerte, ging die JAH auch dazu über, Kindertransporte zu organisieren. Erfreulicherweise stellten sich auf diesem Gebiet nicht nur Arbeiter innerhalb Sachsen, sondern darüber hinaus die Berliner und Hallenser zur Verfügung. Insgesamt sind nun 97 Kinder durch die JAH während des Streites in Landauenthal untergebracht. Die Abfahrt war proger vorbereitet, um aber nicht zur vollen Entwicklung durch den plötzlichen Abbruch des Streites. Die Kinder wurden überall freudig aufgenommen. Nach Abschluß dieser Kinderaktion werden wir darüber besonders noch berichten.

Solidarität der Unternehmer

Während die Internationale Arbeiterbewegung mit allen zur Verfügung stehenden Kräften die streikenden Metallarbeiter unterstützen, organisierten auch die Unternehmer unter sich eine Solidaritätsaktion. Der Verband der Textilunternehmen erließ ein Rundschreiben an seine Mitglieder, in dem er aufforderte, kein streikende oder ausgesetzte Metallarbeiter einzustellen. Zugleich sollten die Textilunternehmer dadurch wiesen, daß in den Textilbetrieben schnelle Sammlungen für die Metallarbeiter vorgenommen würden.

Die Metallindustrie in Deutschland haben in einer Sitzung in Berlin beschlossen, ihren bedingungslosen Rückzug zu Hilfe zu eilen durch finanzielle Unterstützung, entsohn später wenn es sein mügte, durch eine Gemeinschaftsaktion über das gesamte Reich.

Auch die

Polizei

ist Solidarität mit den Unternehmern. Sie leiste alles daran, die von der JAH eingeleitete Sammelaktion illogisch zu machen. Dafür wo man einen Sammler nominiert machen konnte, wurde beißende verhaftet, die Sammlerinnen und Sammlerbeiträge beschlagnahmt. Wir wollen es an dieser Stelle unterlassen, Einzelheiten zu nennen von Stollberg, Chemnitz und anderen Orten. Der ADGB leistete dabei Hilfe, indem er durch die Tageszeitung öffentlich erklären ließ, es seien Sammelsammlungen für die Metallarbeiter im Umlauf und man solle alle diesbezüglichen Sammler namentlich feststellen lassen.

Das weiteren lehnte es Gewerkschaften ab, Mittel für die Sammlungen der JAH zu übergeben. Sonstige Beachtung verliehen der Beiflug der Mitgliederveranstaltung des Arbeitgeberverbandes zu Poniat. Man sollte einstimmig den Beiflug 100 Mark aus den Mitteln der Lokalstaat für die Unterhaltung der streikenden Metallarbeiter der JAH zu überweisen. Zur Ausführung des Beiflugs bedurftet es laut Verbandsstatut der Zustimmung des Hauptvorstandes. Dieser lehnte die Unterhaltung der Metallarbeiter mit folgendem Schreiben ab:

Wir behaupten den Einfang Deines Schreibens vom 23. d. W. Der Beiflug der Mitgliederveranstaltung vom 22. o. M. Der gesetzte Beiflug der JAH den Betrag von 100 Mark aus Mitteln der Lokalstaat zu überweisen, kann unter keinen Umständen durchgeführt werden. Ein solcher Beiflug hätte nicht geführt werden dürfen, weil er mit den Sätzen unseres Verbandes in direktem Widerspruch steht. Am 8. 23. 1921 des Verbandsstatutes ist darüber folgendes in telegraphischer Form für die Zwecke des Verbandes, die sich aus dem Statut ergeben, durch Geldmittel ohne ausdrückliche Genehmigung des Hauptvorstandes aus der Lokalstaat nicht verhandeln werden."

Weiter wird in dem Schreiben des Hauptvorstandes des Arbeitgeberverbandes noch folgendes gesagt:

Empfang der Polarflieger in Berlin



Hauptmann Billins (1) und Leutnant Enevoldson (2), die zur Erforschung der meteorologischen Verhältnisse im Polargebiet einen Flug über bisher unbekannte Gebiete unternommen haben. Unsere Aufnahme zeigt die beiden Flieger nach ihrer Landung in Berlin.

Weshalb der Umzug über die JAH, der über die Verschwendungen der eingesetzten Geltung auch nicht die genaue Kontrolle hält, ob er für die Freiheit verhindert werden. Die JAH ist immer eine partizipative Gründung, die mit gewerkschaftlichen Zwecken und Zielen sehr wenig zu tun hat. Soweit bis jetzt fehlt, hat die Allgemeinheit über die Verwaltung dieser Mittel nichts erfahren. Aus diesen Gründen kann der Vorstand keine Zustimmung zu dem gesuchten Beiflug nicht geben.

Die kämpfenden Metallarbeiter, die während des Streites von der JAH unterstützt wurden, die Gelegenheit hatten, die öffentlichen Sammelaktionen zu prüfen und zu kritisieren, werden die aufgestellten Behauptungen, daß die Allgemeinheit über die Verwaltung der Mittel nichts erfahre, mit Entschiedenheit zurückweisen. Wie stehen weiter fest, daß sämtliche Sammlungen der JAH laufend öffentlich geprüft und über die Verschwendungen öffentlich berichtet wird. Dies ist dem Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes sicherlich nicht unbekannt, aber er arbeitet nach den Grundzügen: "Verleumde nur drauf zu, es wird schon etwas hängen bleiben". Er will durch diese Gewissheit verschrecken, daß die reformistischen Führer die kämpfenden Metallarbeiter vertragen haben. Auf der anderen Seite stellen wir bei dieser Gelegenheit fest, daß jetzt in dem Wahlkampf von den Gewerkschaftsgesellen, die zum großen Teil auch von oppositionellen Mitgliedern aufgebracht werden und für Kämpfe um Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter bestimmt sind, für Wahlpropaganda der sozialdemokratischen Partei verschlunden werden und. So hat z. B. der ADGB, Berufsausschuß Sachsen, für die SPD ein Wahlkampfblatt in einer Auflage von mehreren Millionen herausgegeben. Der geläufig gewerkschaftliche Aktionärskörper (wenn er sich zur Verfügung stellt hat) wurde zur Verteilung der Blätter herangezogen. Die gesamte Gewerkschaftsarbeit wurde in den Dienst der SPD-Werpropaganda gestellt; ist das nicht eine Verwendung von Geldern, die sich aus dem Statut nicht ergeben? Warum kümmern

sich hier die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht um die Einhaltung des Statuts?

Unterstellt ist im Schreiben des Hauptvorstandes des Arbeitgeberverbandes die Behauptung, die JAH habe mir gewerkschaftlichen Zwecken und Zielen sehr wenig zu tun. Dieser behauptete man glattweg, die JAH habe überhaupt nichts mit gewerkschaftlichem Amten zu tun. In Abbruch der großen Tatsache der JAH für die Erziehung der arbeitenden Massen in den Gewerkschaften wagt man solches nicht mehr zu behaupten.

Von der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer während der JAH-Aktion für die ausgesetzten Metallarbeiter, von Polizei- und Unternehmensmaßnahmen ist es der JAH gelungen, eine grausige Säkulation durchzuführen.

Abschaffung des Kampfes
Schiedsprüche und Verbindlichkeitserklärungen waren wieder die evidenten Gründe, mit welchen man den Kampf abbrach gegen den Willen der Arbeiter abwürzte. Noch wenige Tage vor dem Abbruch beklagten die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter in Leipzig die gestellten Schiedsprüche nicht anzunehmen. Die Abstimmung geschah unter harter Bevölkerung sämtlicher organisierten Metallarbeiter. 90 Prozent entschieden sich für den Streik. Noch andere Abstimmungen standen wie hier unten. Nach Angabe der Unternehmer befindet sich nicht die Möglichkeit, alle Arbeiter sofort wieder einzustellen. Hunderte blieben auf der Straße und sollten später wieder eingestellt werden, wenn nach Auffassung der Unternehmer, die Möglichkeit dazu besteht. Auch hier fühlte die JAH sofort eine weitere Hilfsaktion durch zugunsten der Gewerkschaften. Solidaritätskundgebungen mit Lebensmittelverteilungen an Gewerkschaften und besonders Bedürftige fanden in der Woche vom 14. bis 20. Mai in Hohenstein-Ernstthal, Grüna, Siegmar, Reichenbach und Chemnitz statt. Insgesamt erhielten auch hier wieder

75 Arbeiterschäfchen

Lebensmitteldecke im Wert von 250 Mark. Auch hier wieder ein gutes Zusammenarbeiten zwischen dem Konsumverein Chemnitz, den Gewerkschaften und der JAH. Alle Lebensmittel wurden abermals mit einer Preiserhöhung von 20 Prozent beliefert.

Zu Voltaires 150. Todestag

1778-1828

Bei 150 Jahren darf in Paris inmitten eines Triumphzuges, den ihm das fortschrittlich-revolutionäre Frankreich bereitete, und den das Königreich und seine feudalen Thronanten nicht verhindern konnten, der große Kämpfer der bürgerlichen Revolution, Voltaire, gelebt und gestorben sein. Seine Bekanntheit, gehabt wie kein zweiter von den königlichen Mächten des Feudalismus und der Kirche.

Kein Schriftsteller des zeitgemäßen Frankreichs hat eine derart aufzuhaltende Wirkung, einen solch tragigen und breiten



Einschluß in ganz Europa ausgeübt, wie Voltaire, der in einer Zeitspanne von 64 Jahren zwischen drei Generationen wirkte und beeinflußte. Im Jahre 1694 in Paris geboren, erholte François Marie Arouet, genannt Voltaire, nach der legendären Strafe der Ganzjahr des französischen Feudalismus unter dem "Sonnenkönig" Ludwig XIV. Aber nicht die gleigende Seite der Herrschaft des "Sonnenkönigs", nicht die mit dem Blut der französischen Bauern und kleinen Handwerker gemärtete Vollende des Feudalismus hat den Charakter des anhenden Schriftstellers bestimmt, sondern die durch höchste Fanatismus und feudale Reaktion inzwischen Bartholomäusnacht in den ökonomisch fortgeschrittenen Städten des bürgerlichen Frankreichs, die nach der Aufschwung des Edikts von Nantes (1785) in eine regelrechte Jagd übergingen.

Im Jahre 1717, im zweiten Jahre der Regierung Ludwigs XV., machte Voltaire zum ersten Male wegen eines satirischen Gedichts auf Ludwig XIV. Bekanntheit mit dem Titel. In den elf Monaten seiner Haft verfaßte er zwei Werke, die heute mit Recht der Vergessenheit anheim gefallen, für Voltares Entwicklung aber gerade in ihrer Gleichzeitigkeit charakteristisch sind. Die Geschichte, ein langweiliger Roman auf dat. im IV., zeigt den höfischen Dichter Voltaire in seiner heimlichen Sympathie für getötete Häupter. Das Trauerspiel "Oedipus" dagegen verrät bereits die Tug der Löwen. Da findet man viele Ausprüche gegen die auf der Unwilligkeit und Leichtgläubigkeit der Massen beruhende Macht der Kirche und ihrer Pfaffen, gegen den engstirnigen Kontraktualismus und die brutale Skrupellosigkeit der Behörden und Regierungen neben platten, philistinischen Sentenzen, die zu dem revolutionären Schriftsteller Voltaire passen wie die Faust aufs Auge.

Nach seiner Entlassung aus der Haft wurde er verbannt und ging nach Holland, einem Lande, in dem nach der Vertreibung der Spanier die bürgerliche Entwicklung einen reichen Aufschwung genommen hatte. Im Jahre 1722 wanderte er infolge eines Streites mit einem rastlosen Feudalherren, der ihn durch einen Bedienten prügeln ließ, zum zweitenmal in die Provinz und wurde nach einigen Wochen wiederum verbannt. Diesmal ging er nach England, dem nach der Reformation ökonomisch fortgeschrittenen Lande mit den für die damalige Zeit radikalsten philosophischen und sozialen Theorien.

Nach dem Tode seiner Freundin ging er 1750 auf eine Einladung Friedrichs des Großen hin nach Berlin, wo er es drei Jahre unter dem Stab des preußischen Generals ausübte. Dann wanderte er nach London nach der Schweiz, wo er sich unweit von Genf in Vevey für sein ganzes Leben niederließ.

Nun beginnt die Glanzzeit seines Schaffens. In einer Fülle von philosophischen und historischen Schriften, geistreichen Sprüchen, journalistischen Beiträgen, satirischen Romancen und Erzählungen zog er zu Felde gegen religiösen Überglauhen, kirchliche Unzulässigkeit und Radikalität, bürgerliche Ungleichheit und Habsucht, sozialen Misswirtschaft und Verwirrungen der zeitgenössischen Gesellschaft. Unterblieb in seinem Roman verhübt mit dem Kampf gegen mehrere ungewöhnliche Justizmorde, die mit allen Kreuzen der Inquisition inkriminiert wurden.

Auf tausend Wege brangen seine Schriften, obwohl verboten und von den Kommissarien des Gedankenzolls mit Spionen verfolgt, nach Frankreich, wo sie zündend und begeistert die Gleichgesinnten mitschwammen. Sie lebten mit Gehirntheit normierte Freiheit, durch tausend Kanäle auf die Straßen und Plätze von Paris reisten und schließlich in den Vororten von St. Antoine und Temple zur materiellen Gewalt wurden, die den jüdischen Blunder in einem Sturm hinweglegten.

Paul Braun

Rotes Laufband

Solidarität über alles!

Der Anfang dieses Lieblingsliedes der organisierten Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten ist nicht überraschend. Denn — wie schon jetzt festgestellt — die Arbeiterschaft der ganzen Welt hat allein für die Streiter im Kohlengebiet von Colorado, Ohio und Pennsylvania im Laufe des Jahres 1927 mehr als drei Millionen Dollars Unterstützung aufgebracht. Der größte Teil dieser Riesensumme (etwa 12 Millionen Mark) wurde durch die wahrhaft "amerikanische" Kasse der Streikleitung, die von den Gewerkschaften nicht anerkannt und unterstützt wurde, in den USA selbst aufgebracht. Wenn das Proletariat der Sowjetunion beigeleutet hat, läßt sich aus der bisherigen Berechnung leider noch nicht ersehen.

Die Bank der Arbeiter

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG, die im Berliner Hause des ADGB untergebracht ist, besteht nun mehr vier Jahre. Sie begann ihre Tätigkeit 1923 nach der Stabilisierung der Währung mit einem Kapital von 200.000 Mark, das bis Ende 1926 auf Grund der Einlagen auf 36,1 Millionen, bis Ende 1927 auf fast 80 Millionen gesteigert werden konnte. Dieser Gelder legen sich zum größten Teil aus den Konten der freien Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften zusammen, deren Einlagen jeder Zeit verfügbare sein müssen, 60 von den 80 Millionen sind dann auch kurzfristig angelegt. Der Rest wird zum großen Teil aus der Sparkontenaktivität der Bank stammen. Es handelt sich hier um die Sparzwecke qualifizierter Arbeiter und Angestellter. — Die Bank darf statutengemäß sich an Spekulationen nicht beteiligen, sondern ist verpflichtet, Kredite nur an gemeinnützige Institutionen (Baugenossenschaften usw.) zu geben.

Telephon Berlin-Buenos-Aires

Die längste direkte Telephonerbindung besteht seit jüngster Zeit zwischen Berlin und Buenos-Aires. Sie überbrückt eine Entfernung in der Luftlinie von rund 12.000 Kilometern. Trotzdem ist die Deutlichkeit der Gespräche, wie allgemein versichert wird, ausgezeichnet. Man braucht angeblich nicht lauter als im Ortsverkehr zu sprechen, wird aber ganz deutlich verstanden. Die Verbindung läuft drahtlos und wurde in den normalen Telefonien eingebettet.

Die europäischen Eisenbahnen

Nach einer Ausstellung des "Economist" hat die größte Schienendichtigkeit in Europa das kleine Belgien, das auf 100 Quadratkilometer seines Gebietes 36,5 Kilometer Schienenstränge vereinigt. Es folgen England mit 16, die Schweiz mit 14 Kilometer pro 100 Quadratkilometer. An vierter Stelle kommt Deutschland mit 12,3 Kilometer. Der europäische Durchschnitt beträgt 4,8 Kilometer auf 100 Quadratkilometer.

Die schienenlose Stadt

Eins der schwerwiegendsten Verkehrsprobleme der Großstadt von heute bildet die schwerfällige Straßenbahn. Ein gut geregeltes Verkehr dürfte diese Verkehrsmittel nicht mehr kennen. Aber die Erleichterung der zahlreichen Straßenbahnen durch Autobusse, Untergrundbahnen usw. ist nicht leicht durchführbar. London macht den Anfang, indem es wenigstens aus den Hauptstraßen der City die Schienen verbannt. Als erste Großstadt der Welt wird Wiesbaden am 1. April 1929 keine Straßenbahn mehr verkehren lassen. Es erleichtert die ausführliche durch Autobusse.

Das hat seine enormen Vorteile in leichterer Beweglichkeit des Straßenverkehrs. Außerdem wirken die Auswirkungen der Autobusse ungünstig. Ideal wäre es, ein leicht bewegliches elektrisches Verkehrsmittel zu haben, daß durch Beförderung aller Personen billig arbeiten könnte. Das ist bisher noch nicht erfunden.

